



**Bund der Steuerzahler  
in Bayern e.V.**

BdSt · Nymphenburger Straße 118 · 80636 München

Nymphenburger Straße 118  
80636 München

Einschreiben/Rückschein

An den Präsidenten der  
Deutschen Bundesbank  
Herrn Dr. Jens Weidmann  
Wilhelm-Epstein-Strasse 14  
**60431 Frankfurt am Main**

Telefon: 0 89 · 12 60 08-0  
Telefax: 0 89 · 12 60 08 27

Internet: [www.steuerzahler-bayern.de](http://www.steuerzahler-bayern.de)  
E-Mail: [bayern@steuerzahler.de](mailto:bayern@steuerzahler.de)

**06.02.2012**

Target-2

Sehr geehrter Herr Präsident Dr. Weidmann,

unseren Mitgliedern und der Masse der deutschen Bürger ist nicht bewusst, dass es in Europa ein Zahlungssystem gibt, dessen Missbrauch durch verschiedene Schwachwährungsländer den Ruin der Deutschen Bundesbank, die finanzielle Zerstörung der Bundesrepublik Deutschland und im schlimmsten Fall die Verarmung von Teilen unserer Bevölkerung herbeiführen kann, wenn es nicht gelingt diesen Missbrauch sofort abzustellen. Dieses zerstörerische Zahlungssystem mit dem Namen TARGET-2 (hier auch kurz T2 genannt) hat innerhalb von 4 Jahren etwa Euro 500 Milliarden für Zwecke der Kapitalflucht aus der Kasse der Bundesbank hinausgepumpt, Geld, für das die deutsche Bevölkerung eines nicht fernen Tages zur Ader gelassen werden wird, denn werthaltige Sicherheiten bestehen jedenfalls in dieser Höhe nicht.

Uns ist völlig klar, dass Ihnen dieses Thema in all seinen Aspekten und Risiken bekannt ist. Doch sind wir es uns, unseren Mitgliedern und den deutschen Bürgern schuldig, dieses Problem in aller Klarheit ans helle Tageslicht zu befördern und in einer Art und Weise abzuhandeln, dass auch normale Leute ohne bankspezifisches Wissen und ohne betriebs- oder volkswirtschaftliches Studium überblicken können um was es hier geht, wie die Dinge ablaufen und wie extrem gefährlich und finanziell ruinös sich TARGET-2 für uns alle auswirkt.

Die Bundesbank ist der Adressat dieses Briefes, da bislang hauptsächlich deren Kasse betroffen ist und gerade die Bundesbank (mehr als jede andere deutsche Institution) und ihre Präsidenten seit Ende des großen Krieges bei den Bürgern als unabhängige Beschützer und Verteidiger solider deutschen Staatsfinanzen gelten und wir diese Auffassung grundsätzlich teilen. In der folgenden umfangreichen Abhandlung können wir leider massive Kritik an der Verantwortlichkeit aller Regierungen seit ca. 1995 nicht aussparen. Deren unbegreifliches Nichterkennen oder gar Verdrängen des TARGET-2-Problems ist, in Kombination mit anderen schweren Fehlern, unmittelbare Ursache der eingetretenen Gefährdung und Schädigung der Deutschen Bundesbank. Wir werden folgende Punkte abhandeln:

Postbank München Konto: 0 007 701 808, BLZ: 700 100 80  
IBAN: DE21 7001 0080 0007 7018 08  
BIC-SWIFT: PBNKDEFF  
HypoVereinsbank Konto: 201 159, BLZ: 700 202 70  
München IBAN: DE52 7002 0270 0000 2011 59  
BIC-SWIFT: HYVEDEMMXXX

Bund der Überparteiliche, unabhängige  
Steuerzahler gemeinnützige Vereinigung

Verwaltungsrat Dipl.-Verw.Wirt. (FH) Hans Podluk, Vorsitzender  
RA Volker Eichelbaum, stv. Vorsitzender  
Vorstand Dipl.-Kfm. Rolf von Hohenhau, Präsident  
RA Maria Ritsch, Vizepräsidentin  
RA Hannah Stein, Vizepräsidentin

(1) Was ist TARGET-2 und wie arbeitet das System? (2) Frühzeitige Hinweise auf Fehlfunktionen unter bestimmten Marktbedingungen. (3) Das Versagen der Regierenden schafft die Voraussetzungen zur Plünderung der Deutschen Bundesbank. (4) 2007: Ausbruch der Krise, Target beginnt sein Vernichtungswerk in der Deutschen Bundesbank. (5) Die TARGET-Geldströme der Währungsunion: Verschmutzung Europas durch Kredit, Inflation und Kapitalflucht. (6) Rettungsversuche scheitern; Vertuschungsaktionen; Zusammenwirken von Politik und Großkapital zur Schadensumwälzung auf den Bürger; Ausweitung der Bürgerhaftung. (7) Interferenzen: Verstärkung der Inflation durch immer weitere Rettungsaktionen auf Kosten der Bürger. ESM: Gewaltstreich gegen das Volk. (8) Zusammenfassung.

### Vorbemerkung

Aus der umfangreichen Literatur zum Thema TARGET-2 stützen wir uns erstrangig auf die Ausführungen von Prof. Peter Garber. Dieser ist bereits durch entsprechende Untersuchungen u.a. über die finanziellen Auswirkungen des Zusammenbruchs des Österreichisch-Ungarischen-Reiches (1918) hervorgetreten.<sup>1</sup> Da in den USA und England vor 1999 erhebliche Zweifel über den dauerhaften Bestand der Europäischen Währungsunion (EWU) aufkamen, untersuchte Garber die für das Europäische Zahlungssystem TARGET vorgesehenen Regelungen schon lange, bevor dieses System überhaupt im Markt eingesetzt wurde (1999).<sup>2</sup> 2010 zeigte Garber nochmals die speziell für die Deutsche Bundesbank aus den T2-Operationen herrührenden Gefahren auf.<sup>3</sup> Da Garber viel zitiert, aber offensichtlich wenig gelesen wird, legen wir hier (**als Anlage 1**) die deutsche Übersetzung seiner folgenden Untersuchung vor: „Der TARGET Mechanismus: Wird er eine Krise in Stufe III verbreiten oder ersticken?“ Ab Frühjahr 2011 begann auch in Deutschland zunehmend eine teils heftige Diskussion über Funktionsweise und Risiken von TARGET-2, eingeleitet von den Professoren Hans-Werner Sinn und Timo Wollmershäuser.<sup>4</sup> Inzwischen ist die Literatur zum Thema fast unübersehbar und wir beschränken uns deshalb auf die hier weiter ausgewiesenen Studien zum Thema von Tornell/Westermann<sup>5</sup>, Fahrholz/Freytag<sup>6</sup> und Homburg.<sup>7</sup> Wir befassen uns nicht mit T2 verharmlosenden, abweichenden Stellungnahmen aus Presse, Politik und Wissenschaft. Ebenso wenig gehen wir auf verschiedene „beruhigende“ Pressemitteilungen ein, deren Hintergrund wir genau verstehen.

### (1) Was ist TARGET-2 und wie arbeitet das System ?

TARGET-2 ist die 2. Generation des Euro Zahlungssystems für grenzüberschreitende Großbeträge (TARGET: Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer) und nahm am 01.01.1999 seinen Betrieb auf. Ein solches Verrechnungssystem ist notwendig, da elektronische Zahlungsaufträge von Land zu Land (Cross-Border) sinnvollerweise über die

<sup>1</sup> Peter M. Garber, Michael G. Spencer: „The Dissolution of the Austro-Hungarian Empire: Lessons for Currency Reform (Essays in International Finance)“ (1994)

<sup>2</sup> P. Garber, „The TARGET mechanism: will it propagate or stifle a Stage III crisis (1999)“ in Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy 51 (1999) Seiten 195 – 220, *North Holland* ; s.a. Garber, „Notes on the role of Target in a Stage III crisis“, *NBER Working Paper 6619* (1998), [www.nber.org/papers/w6619](http://www.nber.org/papers/w6619)

<sup>3</sup> P. Garber, „The Mechanics of Intra Euro Capital Flight“, *Deutsche Bank Special Report*, 10. Dezember 2010

<sup>4</sup> Hans-Werner Sinn, Timo Wollmershäuser, Target-Kredite, Leistungsbilanzsalden und Kapitalverkehr: Der Rettungsschirm der EZB (Juni 2011), ifo Working Paper No. 105, mit zahlreichen weiteren Verweisen auf Presse-Veröffentlichungen und Vorträge.

<sup>5</sup> Aaron Tornell, Frank Westermann „Eurozone Crisis, Act Two: Has the Bundesbank reached its limit?“ [www.voxeu.org/index.php?q=node/7391](http://www.voxeu.org/index.php?q=node/7391)

<sup>6</sup> Christian Fahrholz/Andreas Freytag, „Realwirtschaftliche Aspekte der gegenwärtigen Krise im Eurosystem: Ursachen, Wirkungen und Reformansätze“, Working Papers on Global Financial Markets No. 21, *Universität Jena* (2011)

<sup>7</sup> Stefan Homburg, „Anmerkungen zum Target2-Streit“, *ifo Schnelldienst* 16/2011 – 64. Jahrgang

jeweiligen Zentralbanken erfasst und abgerechnet werden können. Das in das System der Europäischen Zentralbanken (**ESCB = European System of Central Banks**) eingebundene T2-System arbeitet jeweils bilateral über die beteiligten Zentralbanken (NCBs), die Tagessalden werden (erneut bilateral) auf die EZB = ECB (European Central Bank) um 24 Uhr umgebucht. Die Geschäftsbanken in den jeweiligen Ländern unterhalten bei der jeweiligen Zentralbank (Verrechnungs-) Konten.

#### Beispiel einer Target-2-Operation:

Der reiche Grieche Gyros (Käufer) kauft - **per Kredit** - über die Feta-Bank (Feta, seine griechische Hausbank) von Michl (Verkäufer) in Deutschland, der sein Konto bei der Deutschen Bank (DB) hat, eine Yacht (oder ein Industrieunternehmen, Schuldverschreibung, etc.) für € 10 Mio. Wie wird der Kauf in der Praxis abgewickelt und warum führt das zu einem positiven Target2Saldo (Forderung) der deutschen Bundesbank (**BuBa = NCB1**) gegen die EZB (Europäische Zentralbank) und einer gleichen Forderung der EZB gegen die ZB Griechenlands (**NCB2 = BoG**), die Bank of Greece. Voraussetzungen, Gründe und Schritte sind folgende:

1. Käufer und Verkäufer haben in verschiedenen Euroländern ihre jeweilige (Haus-) Bank.
2. Alle Echtzeit (Groß-)Überweisungen werden über das internationale **TARGET-2-System** koordiniert und abgewickelt, gleich wo Sender- oder Empfängerbanken ihren Sitz haben.
3. Alle Zentralbanken der Eurozone sind über die EZB mit dem TARGET-2-System verbunden. Die EZB, die NZBs (Nationale Zentralbanken) und alle angeschlossenen Finanzinstitutionen haben Konten im TARGET-2-System und nutzen diese untereinander, um in Echtzeit (Groß-)Überweisungen zu beauftragen oder auszuzahlen.
4. Cross-Border-Zahlungsaufträge zwischen Banken werden durch TARGET-2 zunächst (nur bis 24 Uhr!) über die Bücher beider NCBs erfasst und ausgeführt.
5. Um 24 Uhr werden die gegenseitigen Forderungen/Verpflichtungen der NCBs ausgeglichen, indem sie jeweils auf die Bücher der EZB übertragen werden.
6. Gyros beauftragt nun Feta € 10 Mio für Michl an die DB zu überweisen. Umgehend belastet Feta das Konto von Gyros mit € 10 Mio und sendet ferner Auftrag an das TARGET-2-System die € 10 Mio auf dem Konto von Michl bei der DB gutzuschreiben.
7. Gleichzeitig organisiert TARGET-2 nun folgendes: Es zieht sofort € 10 Mio vom Deposit-Konto der Feta bei der „Bank of Greece/BoG“ (=Nzb2) ab. Faktisch fließt damit auf griechischer Seite das von der BoG (Nzb2) per Kredit (via Feta) an Gyros ausgereichte Geld wieder an die BoG zurück.
8. Target-2 bucht ferner (im Auftrags der BoG) sofort 10 Mio € vom BuBa-Konto (=Nzb1) auf das **DB eigene** Deposit-Konto bei der BuBa, und von diesem DB-Konto erhält Michl eine Gutschrift von € 10 Mio auf sein eigenes Konto bei DB.
9. Wegen der Auszahlung an DB hat die BuBa (Nzb1) nun eine € 10 Mio Forderung gegen ihren Auftraggeber, die BoG (Nzb2), die aber nur bis zum Ende des Tages besteht. Um 24 Uhr wird diese Forderung nach den TARGET-2-Regeln in eine € 10 Mio Forderung der BuBa (Nzb1) gegen die EZB und in eine € 10 Mio Schuld der BoG (Nzb2) gegenüber der EZB umgewandelt (siehe 5.). Die direkten, bilateralen/zweiseitigen Ansprüche/Verpflichtungen im Verhältnis BuBa - BoG sind damit erledigt = erloschen.
10. Mangels Bedarf an Liquidität (und aus Zinsgründen) belassen dann Michl und seine Hausbank DB die € 10 Mio bei der BuBa, was den Kredit der DB bei BuBa vermindert.

Mit Zahlungseingang übergibt Michl die Yacht an Gyros und alle sind zufrieden – mit Ausnahme der Bundesbank: TARGET-2 hat per Saldo den gesamten Kapitaltransfer, so „organisiert“, dass BuBa die € 10-Mio-Yacht von Gyros *zwangsweise* bezahlen musste und für diese € 10 Mio „Finanzierung“ als *Gegenleistung* eine (minderwertige!) Forderung gegen die EZB erhielt. Aus einer *guten* Forderung gegen DB wurde eine *schlechte* gegen die EZB. (siehe Nr. 10.: DB-Kreditverringering bzw. DB-Einlagenaufstockung!).

## (2) Frühzeitige Hinweise auf Fehlfunktionen unter bestimmten Marktbedingungen .

Und eben auf diese Weise sind ab 2007 bis Ende 2011 rund **€ 500 Milliarden** zugewiesene T2-Papierkredite (= unfreiwillige Kredite) der BuBa gegen die EZB aufgelaufen (zum Vergleich: **Bundessteueraufkommen BRD 2010: € 226 Milliarden**)<sup>8</sup>. Die deutschen Bürger, um deren € 500 Milliarden es hierbei im Endeffekt geht, sind nicht um Zustimmung dazu gebeten worden, ob sie etwa mit diesen von der Bundesbank finanzierten Kapitalfluchtbewegungen der Griechen, Portugiesen, Italiener, usw. nach Deutschland einverstanden sind. Die Gesamtvorgänge sind vielmehr von der offiziellen deutschen Politik verheimlicht und verschleiert worden (wir werden später noch sehen, warum). Während also der normale Bürger häufig vom Finanzamt wegen Kleinbeträgen traktiert wird und vermögende Deutsche wegen vergleichsweise geringer Beträge vom Fiskus in den Konkurs getrieben oder ins Ausland verfolgt und verdrängt werden, finanziert letztlich die Bundesbank auf Kosten der Bundesbürger ungewollt ausländische Kapitalfluchtbewegungen nach Deutschland **in Höhe von 500 Milliarden Euro<sup>9</sup> in 4 Jahren** und treibt so (nur als Beispiel) die inländischen Immobilienpreise nach oben! Warum und wie ist so etwas möglich?

Die Einführung einer neuen Währung für verschiedene Länder bedarf der Vorbereitung und durchläuft verschiedene Phasen bzw. erfolgt stufenweise. Im Falle der Euroeinführung gilt der 01.01.1999 als Eintritt in die Phase III. Zu diesem Stichtag wurde das ESCB (European System of Central Banks) der Mitgliedsländer betriebsfähig, die Wechselkurse untereinander wurden (unabänderlich) fixiert und TARGET-2 konnte innerhalb der Europäischen Währungsunion seine Arbeit aufnehmen. Der Euro war (als Buchgeld) da, das Bargeld erschien am 01.01.2002 und wurde über die Zentralbanken der 17 ESCB Mitglieds-länder ausgegeben.

Schon vor der Euroeinführung gab es erhebliche Zweifel ausländischer Währungsfachleute, ob der Euro als Einheitswährung Bestand haben würde. Die Bedenken bezogen sich auf die unterschiedliche Mentalität und Leistungsfähigkeit der Länder und die daraus herrührenden natürlichen Probleme. Es stellte sich deshalb die Frage, ob das zwischen so unterschiedlichen Nationen zum Einsatz kommende Zahlungssystem diese Schwierigkeiten auf Dauer ausbalancieren werde oder vielmehr bestehende Unterschiede verstärken und den Währungsverbund im Ergebnis wieder zerstören werde. Insbesondere Garber setzte sich mit diesem Thema bis ins Detail gründlichst auseinander.<sup>10</sup>

Garber legte 1998/1999 sinngemäß dar, dass bei strikter Einhaltung der von der Währungsunion gesetzten Stabilitätskriterien sowie der vorgesehenen Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen das Eurosystem möglicherweise Bestand haben werde. Die Einhaltung dieser strikten Regeln sei Aufgabe und Verantwortung der Politik. Würden hingegen diese strengen Grundsätze durch die Politik verletzt, dann sei eine Krise der Währungsunion unausweichlich, denn dann würden tief im TARGET-2 Programm verborgene Gefahren und Mechanismen in Gang

<sup>8</sup> Pressemitteilung BMF vom 13.01.2011

<sup>9</sup> Entsprechend einem Band von 100-Euro-Scheinen von der Erde zum Mond und zurück! (1 x € 100 = 14,5 cm)

<sup>10</sup> Garber, „Der TARGET Mechanismus: Wird er eine Krise in Stufe III verbreiten oder ersticken?“

Anmerkung: Nachfolgende Zitierweise: Garber, a.a.O., Seite ... (Seitenbezug auf englischen Originaltext).

gesetzt, die im Zusammenwirken mit anderen Fehlkonstruktionen der Währungsunion, den Untergang der Union dramatisch und unkontrollierbar beschleunigen könnten. Im Verlauf einer sich anbahnenden, selbstverschuldeten Systemkrise der Währungsunion sei dann mit massiven Angriffen und Währungsspekulationen sowie umfangreichen Kapitalfluchtbewegungen zu rechnen. Letztere würden die Richtung von den schwachen zu den starken Euroländern nehmen. Der wichtigste und gefährlichste Gehilfe der Spekulation und Kapitalflucht sei dann ausgerechnet das europäische Zahlungssystem TARGET. Dieses liefere unter solchen Umständen den „*perfekten Mechanismus zur Finanzierung einer explosiven Attacke auf das (Euro-) System.*“, und könne „*den Zusammenbruch des Systems herbeiführen*“. <sup>11</sup>

Es ist nicht ersichtlich, dass sich vor 2011 irgendjemand auf deutschem Boden mit diesen Gedanken und offen ausgesprochenen Gefahren öffentlich näher beschäftigt hätte, insbesondere nicht die zuständigen deutschen Regierungen seit 1998, obschon solche scharfsinnigen Überlegungen im Ausland durchaus heftig und öffentlich diskutiert wurden. <sup>12</sup> Die verschiedenen deutschen Kanzler und Finanzminister (deren Namensliste wir vorsorglich als Anlage 2 beifügen) und ihre Vertreter sahen jedenfalls keinen Anlass, hier aufmerksam zu werden oder gar zu handeln. Man hat diese Diskussionen entweder überhaupt nicht mitbekommen oder schlichtweg ignoriert. Das war ein schwerwiegender Fehler.

Verschiedene, sich ergänzende und verstärkende Gefahrenpotentiale lassen sich in und um TARGET feststellen und wurden von Garber (*mit Ausnahme: d*) aufgezeigt:

- (a) Die unsinnige Stimmrechtsverteilung in der EU, dem ESCB, und der EZB
- (b) die Nichteinhaltung der Stabilitätskriterien
- (c) die Nichteinhaltung von Kontrollen und Sanktionen
- (d) die überwiegende Verwendung der englischen Sprache
- (e) der TARGET fehlende Zwang zum regelmäßigen 1 : 1 „Inter-NCB-NCB-Forderungsausgleich
- (f) die Bereitstellung von TARGET-Tageskredit und dessen missbräuchliche Umwandlung in unlimitierte Dauerkredite zu 1 %
- (g) der wegen (a) ermöglichte und (b) durch die EZB geförderte T2-Kreditmissbrauch durch NCBs der schwachen Euroländer.

### **(3) Politikversagen schafft Voraussetzungen für T2-Fehlfunktionen**

Wie angedeutet, haben bei Vertragsgestaltung und Start der Währungsunion die damaligen deutschen Regierungen schwerste Fehler begangen: Bei Stimmrechtsverteilung, Unionssprache und Kommandogewalt wird die BRD im Hinblick auf fast alle maßgeblichen Faktoren (z.B. Wirtschaftskraft, Einwohnerzahl) stärkstens benachteiligt. Die Verletzung der selbstgesetzten Grundregeln der Stabilität durch alle Abteilungen/Länder war von Anfang an die Regel und nicht die Ausnahme. <sup>13</sup> Kontrollen und Sanktionen unterblieben, bei sichtbaren Fehlern und offenen Betrügereien wurde einfach weggeschaut. Schnell sichtbar wurde die Neigung der Euro-Peripherie sich auf Kosten des Euro-Zentrums zu bereichern. Der eiserne Grundsatz jeder vernünftigen kaufmännischen Betätigung, „Wer zahlt schafft an!“, wurde leichtfertig und sinnlos geopfert und damit Europa selbst und allen seinen Bürgern unübersehbarer Schaden zugefügt. Im Einzelnen:

<sup>11</sup> Garber, a.a.O., Seite 218

<sup>12</sup> Garber, a.a.O., Seiten 195 -202

<sup>13</sup> Nur Finnland blieb Vorbild!

**(a) Jeder darf mitreden – die Mehrheit der Stimmen entscheidet!**

Es war eine große „Torheit der Regierenden“<sup>14</sup> von Deutschland Stimmrechtsverteilungen innerhalb der EU, dem ESCB, der EZB zu akzeptieren, die darauf hinauslaufen, dass kleine Länder völlig unangemessen hohe Stimmrechtsanteile haben, also etwa Malta und Griechenland gemeinsam Deutschland überstimmen können.<sup>15</sup> Die deutsche Regierung hat solchen Regelungen, die gegen den gesunden Menschenverstand sprechen, zugestimmt. Die Folge ist, dass Deutschland zwangsläufig sowohl in der EU wie auch im EZB-Rat von den wechselnden Koalitionen seiner „Partner“ fortlaufend überstimmt wird und nicht im Geringsten den Einfluss hat, der ihm aufgrund Einwohnerzahl, Wirtschaftskraft und Finanzleistungen (siehe Rettungsschirme und Haftungsverpflichtungen) zukommt.

Verursacher dieser unhaltbaren Zustände: Die deutschen Regierungen ab 1997

**(b) Der Destabilisierungspakt**

Die Euroländer hatten sich gegenseitig verpflichtet Stabilitätskriterien einzuhalten um dadurch den Euro zu schützen. Einige Kriterien daraus (nicht abschließend) waren, die Nichtüberschreitung von Höchstgrenzen für Haushaltsdefizite (maximal 3% des BIP) und der Verschuldung (maximal 60 % des BIP), Verbot der Niedrigzinspolitik und des Aufkaufs von Staatsanleihen der Mitgliedsländer durch die EZB, bail-out-Verbot, etc.<sup>16</sup>

Um es kurz zu machen: Gegen alle Kriterien des Paktes wurde von allen Mitgliedstaaten (löbliche Ausnahme: Finnland) fortlaufend und im größten Umfang verstoßen, allen voran und immer mit dabei: Deutschland. Der Stabilitätspakt ist das Papier nicht wert, auf dem er steht.<sup>17</sup> Die Folge ist, dass genau die Verhältnisse eingetreten sind, die durch den Pakt verhindert werden sollen: Übermäßige Haushaltsdefizite, Verschuldung, fehlende Geldwertstabilität, Niedrigzinspolitik, Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB, kreditfinanzierte Konsumüberhitzung, Konkursgefährdung ganzer Staaten. Nun sollen weitere Rettungspakte in Milliarden- bis Billionenhöhe und andere Verrücktheiten den **finanziellen**

<sup>14</sup> Barbara Tuchman, „Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam“. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 2001.

<sup>15</sup> Betrachten wir beispielsweise die Verhältniszahlen (in %) des Länderpaares Malta – Deutschland: Einwohnerzahl 407.000: 82.283.000 = 0,49 %. Bruttoninlandsprodukt BIP (in Mio US-Dollar, Basisjahr 2009) 7.055 : 3.352.742 = 0,21 %. Jeweils bewegt sich die Verhältniszahl für Malta im Promillebereich. Daher mag es auch rühren, dass die wenigsten deutschen Bürger überhaupt wahrgenommen haben, dass Malta ein eigenständiger Staat in der EU ist. Ganz anders hingegen das Stimmrecht von Malta in der EU-27 im Vergleich zu Deutschland 8,4 % : 0,8 % = 10,5! Damit liegt sein Stimmrecht im Verhältnis zu Deutschland 21,42 x höher als es seiner Einwohnerzahl und 50 x höher als es seiner Wirtschaftskraft entspricht. Noch krasser ist der völlig überzogene Einfluss von Malta im Rat der Europäischen Zentralbank: Er ist das oberste Beschlussorgan der Europäischen Zentralbank. Die Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen getroffen. Es gibt 23 Stimmen: 6 Stimmen des Direktoriums (darin enthalten derzeit eine [weitere] Stimme Deutschlands) und 17 Stimmen der jeweiligen Zentralbankpräsidenten. Als selbstständiger Staat verfügt Malta über eine Zentralbank und damit über eine von 23 Stimmen im **EZB Rat**. Es hat damit grundsätzlich das gleiche (normale) Stimmrecht wie Deutschland. Die EU-17 hat über 327 Millionen Einwohner. Davon beträgt der %-Anteil von Malta 402.000 : 327.000.000 = 0,123 %. Sein Stimmrechtsanteil lautet hingegen 1: 23 = 4,35 % (identisch dem von Deutschland!). Damit hat Malta ein um 4,34 : 0,123 = 35,35-mal größeres Stimmrecht im EZB-Rat als es seiner Einwohnerzahl entspricht, während Deutschlands Stimmrecht entsprechend seiner Einwohnerzahl 25 % betragen müsste und nicht 4,34 %! Tendenziell ähnlich unsinnige Stimmrechtsverlagerungen zu Lasten Deutschlands ergeben sich für alle Länder der EU.

<sup>16</sup> Stabilitätskriterien: Die EU hat 1997 den Euro-Stabilitätspakt geschlossen. Ziel des Paktes war die Förderung von Stabilität und Wachstum im Euroraum, Geldwertstabilität, Vermeidung von Inflation und wirtschaftlichen Unsicherheiten. Insbesondere sollte verhindert werden, dass durch Fehlverhalten eines Mitglieds die ganze Union gefährdet werde. Um dies zu unterstützen sollte es der EZB verboten sein Staatsanleihen von Ländern aufzukaufen, die die o.g. Kriterien verletzen und Niedrigzinspolitik zu betreiben, die grundsätzlich der beste Nährboden für wachsende Staatsverschuldung, laxer Haushaltführung und lockere Geldpolitik ist. Sanktionsmöglichkeiten sollten die Durchsetzung all dieser hehren Ideen absichern.

<sup>17</sup> Siehe „Defizite und Gesamtverschuldung 2010“ in [www.Staatsverschuldung.de/ausland.htm](http://www.Staatsverschuldung.de/ausland.htm)

**Super-Gau** Europas verhindern, garantiert (!) (nicht verbürgt) im Umfang von 27 % - 100 %<sup>18</sup> durch die deutschen Bürger, deren Arbeit und Vermögen. Kommt der ESM, sind dies weitere € 8.000 vom Kind bis zum Greis.

(Mit-) Verursacher dieser Zustände: Die deutschen Regierungen ab 1999

**(c) Die Nichteinhaltung von Kontrollen und Sanktionen**

Dies war der nächste unverzeihliche Sündenfall! Schon ein Beitritt eines Staates in die EWU sollte strengen Aufnahmekriterien genügen und nur stattfinden, wenn dieses *nachweisen* konnte, in der Lage zu sein, sämtliche *Verpflichtungen* der Mitgliedschaft zu übernehmen, indem es die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen hierzu erfüllte. Mit den *strengen Aufnahmekriterien* sollten entsprechende *Aufnahmeprüfungen* einhergehen. Zu solchen Prüfungen ist es gekommen; sie waren mangelhaft bis ungenügend, wie das Beispiel Griechenland zeigt: Dort hat die griechische Regierung mit Hilfe der Berater des Bankhauses Goldman & Sachs in einem Umfang und einer Weise den Staatshaushalt gegrieht (nicht *getürkt*) und geschönt, dass gewissermaßen aus einem hässlichen Weib über Nacht eine Schönheit wurde. In anderen Ländern verhielt es sich ähnlich. Auch die Erzwingung der Einhaltung der Stabilitätskriterien wurde stets äußerst lax gehandhabt und Sanktionsverfahren gegen rund 20 der 27 Mitglieder verliefen allesamt im Sande. Summa summarum: Eine ernstzunehmende Haushaltskontrolle wurde im Euro-Raum nicht durchgeführt, was zwangsläufig in der gesamten Union zu chaotischen Zuständen geführt hat.

Hauptsächlich mitverantwortlich: Die deutschen Regierungen ab 1999

**(d) Sprachprobleme:**

Die Euro-17-Union hat 327 Millionen Bürger, davon 82 Millionen Deutsche, 8,3 Millionen Österreicher und rund 0,4 Millionen deutschsprechende Bürger anderer Nationen, insgesamt also rund 91 Millionen Menschen deutscher Sprache. Dies sind 28 % aller Mitglieder. Englisch sprechend sind davon 1,3 % = 4,2 Millionen (Irland). Was die deutsche Politik bewegt haben mag, sich bei so einer Sachlage auf die englische Sprache als bevorzugte „Eurosprache“ zu verständigen, wird ewig ein Rätsel bleiben. So erfolgte beispielsweise die seit Mitte der 1990-er Jahre aufkommende Systembeschreibung und Literatur zu TARGET (bis 2010)<sup>19</sup> fast ausschließlich in englischer Sprache und es ist davon auszugehen, dass die Masse davon von deutschen Regierungsvertretern entweder mangels Übersetzung überhaupt nicht gelesen oder deshalb nicht verstanden wurde, zumal gerade mehr technische Details eher langweilig sind und generell der Aufmerksamkeit entbehren. So sind bei der Konstruktion von TARGET Fehler durchgeschlüpft, die die deutschen Bürger voraussichtlich Hunderte von Milliarden kosten werden, während sie in den Schwachwährungsländern - auf Kosten der Bundesbank - Kapitalflucht hervorrufen, was immer mit gleichzeitiger Schädigung der Wirtschaft der schwachen Euroländer und der dortige Bevölkerung einhergeht.

Verantwortlich hierfür: Die deutschen Regierungen ab 1995 und deren Vertreter bei den TARGET-Verhandlungen.

**(e) Bitte keine werthaltigen Sicherheiten!**

Dem TARGET-Verrechnungssystem fehlt der Zwang zum regelmäßigen und gleichwertigen 1 : 1 „Inter-NCB-NCB- Forderungsausgleich.“ Wie wir etwa im obigen Gyrosbeispiel unter Nr. 5. und Nr. 9. gezeigt haben, erfolgen entsprechend täglich Abertausende grenzüberschreitende Zahlungsaufträge zwischen unterschiedlichen Zentralbanken in verschiedenen Ländern,

<sup>18</sup> Zur Zahl 100 % durchaus zutreffend: Homburg, a.a.O. ,Seite 49

<sup>19</sup> Siehe Homepage der EZB zu TARGET: [www.ezb.int](http://www.ezb.int)

die über T2 abgewickelt werden (sog. „Cross-Border NCB-NCB Operationen“). Daraus ergibt sich im Laufe des Tages die Situation, dass NCB1 - im Auftrag von NCB2 - an ihr nationales Bankensystem mehr ausgezahlt hat als NCB2 in ihr eigenes Bankensystem wegen entgegengesetzter Aufträge von NCB1. Nach Verrechnung der gegenseitigen Aufträge verbleibt zu Gunsten einer NCB ein Saldo/Überhang/Ungleichgewicht, das regelmäßig auszugleichen ist – würde man meinen! Das ist zwar im amerikanischen System zwischen den einzelnen Bundesstaaten sinnvollerweise so geregelt<sup>20</sup>, nicht aber im System der ESCB, denn hier gilt anderes: Die täglichen Ansprüche und Verpflichtungen im bilateralen Verhältnis NCB1-NCB2 werden vielmehr jeweils um 24 Uhr dadurch ausgelöscht, dass beispielsweise ein € 113 Mio Tages-Anspruch der BuBa gegen die Bank of Greece um 24 Uhr auf die EZB zwangsübertragen wird. Mit anderen Worten, hatte die BuBa bis 24 Uhr einen (saldierten) Tages-Anspruch gegen die BoG von € 113 Mio, wird daraus um 24 Uhr automatisch ein Anspruch der BuBa gegen die EZB. Umgekehrt erhält die BoG eine Schuld gegenüber der EZB in Höhe von € 113 Mio zugewiesen. Inter-NCB-NCB-Ansprüche sind damit erledigt. Die Griechische Nationalbank schuldet der Deutschen Bundesbank nichts mehr, obschon diese in ihrem Auftrag an diesem Tag (saldiert) € 113 Mio. ausgezahlt hat. Da der gesamte Vorgang elektronisch abläuft und schließlich noch zwangsweise die Forderungsumbuchung auf die EZB stattfindet, kann die BuBa in keiner Weise überprüfen, ob sie für die Auszahlung 100 % werthaltiger Liquidität auch eine werthaltige Forderung gegen die EZB erhält. Das ist bekanntermaßen gerade nicht der Fall.<sup>21</sup> Der Wert der EZB-Sicherheiten hat inzwischen Wert zwischen *gerade noch ausreichend* über *minderwertig* bis *Ramschniveau*, was nichts anderes bedeutet, als dass die BuBa mit jeder T2-EZB-Umbuchung potentiell extrem hohe Ausfallrisiken zu Lasten der deutschen Bürger eingeht.<sup>22</sup> Das halten wir für äußerst (!) bedenklich, da wir die Bundesbank in einer treuhänderischen Stellung sehen, in der gewisse Mindeststandards zur Vermögenserhaltung einzuhalten sind.

Verantwortlich hierfür: Die deutschen Regierungen ab 1995 und deren Vertreter in der EZB und der „Working Group on EU Payment Systems“ (*betreffend Target, A.d.U.*)

**(f) Die Bereitstellung von TARGET-Tageskredit und dessen missbräuchliche Umwandlung in unlimitierte Dauerkredite zu 1 %**

Es ist offensichtlich, das Target als bloßes Abrechnungssystem im Sinne des US-Fedwire-Systems entworfen wurde. Es ist auch klar, das im Rahmen eines solchen (im Kern durchaus sinnvollen) Verrechnungssystems tagtäglich Ungleichgewichte entstehen, die die Gestalt von (zinsfreien) Tageskrediten einer NCB an eine andere annehmen. Es ist ferner klar, dass solche Tageskredite (im Rahmen üblicher Transfers!) in gewisser Weise „unlimitiert“ sein müssen, da am Morgen nicht gesagt werden kann, in welcher Höhe am Abend Ungleichgewichte entstanden sein werden. Völlig vergessen aber wurde der Einbau einer „Durchschlagsbarriere“ gegen Missbrauch und Umwandlung in Dauerkredit.

Und genau dieses Manko wurde von Garber sofort als äußerst schwerwiegender (*und für ein starkes Euroland und seine Zentralbank, wie etwa die Bundesbank*) hochgefährlicher Fehler des TARGET-Systems erkannt und öffentlich angeprangert, noch bevor das System überhaupt in Betrieb ging.<sup>23</sup>

<sup>20</sup> Garber, a.a.O, Seite 209, Garber 2010, a.a.O, Seite 5, 6; Sinn, Wollmershäuser, a.a.O., 48 ff.

<sup>21</sup> Eher haben diese „Sicherheiten Ramschstatus: „Finanzielle Risiken der EZB größer als bekannt“, *Berliner Morgenpost*, 08.01.2012; „Krisenstaaten bürden EZB neue Milliardenrisiken auf.“, *Welt Online*, 07.12.2012; „Wer beim Griechen-Bankrott bluten muss“, *Spiegel Online*, 13.01.2012

<sup>22</sup> Fahrholz/Freytag, a.a.O., Seiten 5, 8, 10

<sup>23</sup> Garber, a.a.O., Seiten 200 ff. und weiter (Ziffer 4.4) 206 – 210; so auch Fahrholz/Freytag, a.a.O., Seite 12



Die deutschen Vertreter der „Target-Kommission“ haben bei dieser Pflichtvorlesung offensichtlich gefehlt oder geschlafen. Das System ging trotz aller öffentlichen Kritik am Einbau dieser selbstzerstörerischen „finanziellen Atombombe“ in Betrieb und

*dies ist der innerste Kern des gesamten TARGET-Problems!*

Zunächst funktionierte auch alles ganz gut, der Euro schien eine starke Währung zu werden und die Konten glichen sich im Regelfall immer wieder aus - bis zur Krise 2007. Dann wurden den schwachen Euroländern die (bislang hemmungslos ausgeschöpften) originären Kreditquellen abgeschnitten und seither betätigen sie rücksichtslos den Schalter der „T2-Kredit-Missbrauchspumpe“ und setzten damit den Zeitmechanismus der T2-Zeitbombe in Betrieb. Die Uhr läuft! Heerscharen von Spekulanten warten nun auf die Explosion und die Regierungen haben keine freie Minute mehr. Gehetzt und gejagt fliehen sie von Rettungsschirm zu Rettungsschirm, aber nirgendwo ist Rettung zu finden.<sup>24</sup> Und die traurige Wahrheit ist: Es gibt keine Rettung und € 500 Milliarden sind schon weg!<sup>25</sup>

Verantwortlich: die Bundesregierung

Wird ein T2-Tageskredit von der schuldenden NCB (hier etwa der Bank of Greece) nicht zurückgezahlt bzw. durch eine entsprechende Schuld der anderen NCB kompensiert, dann wird er auf die EZB zwangsübertragen. Er verwandelt sich dabei von einem Tageskredit gegen die korrespondierende NCB in einen Dauerkredit/Forderung an/gegen die EZB. Diese zwingende Folge ergibt sich daraus, dass nirgendwo festgelegt ist, innerhalb welcher (*wohl eher kurzen!*) Frist dieser Kredit BuBa - EZB zurückzuzahlen ist (dass es sich hierbei um ein Geschenk der BuBa an die EZB handelt, ist nicht anzunehmen, zumal dann die BuBa den Betrag ausbuchen müsste). Die fortwährende Ausnutzung des Verrechnungssystems TARGET als Instrument zur quantitativ grundsätzlich unlimitierten Milliarden-Kreditschöpfung auf Kosten der BuBa – also der Deutschen – ist u.E. nach deutschen Rechtsgrundsätzen grob rechtsmissbräuchlich und verstößt gegen die Geschäftsgrundlagen, unter denen sich die BuBa dem T2-Verrechnungssystem angeschlossen hat. Auch hätte die BuBa der EZB die Kredite in Höhe von rund 500 Milliarden längst kündigen können.<sup>26</sup> Man hat schon Mühe, dieses willkürliche Hochfahren der TARGET-Kredite überhaupt als Darlehensvertrag i.S.v. § 488 I BGB anzuerkennen. Allerdings ist wenigstens der Zinssatz festgelegt: Die EZB zahlt der BuBa nach den TARGET-Regeln 1 % Zins Fixzins (!),<sup>27</sup> die sie ihrerseits von dem (originären) „Schuldner“, (hier) der Bank of Greece erhält. Mit anderen Worten: durch diesen kleinen Trick kann die Bank of Greece (so auch die Banque de France, die Banca Italia usw.) völlig problemlos monatlich Milliardenkredite aus der BuBa herauspressen, die BuBa noch gleichentags als Gläubiger abschütteln und gegen die EZB eintauschen, der sie dann nur den

<sup>24</sup> Hierzu Garber, a.a.O. 218 (schon 1999!) wörtlich: „Die politischen Entscheidungsträger werden nicht den Luxus einer geruhamen Währungstrennung zu unbestimmter Zeit haben. Ihre Hände werden gebunden sein und das Timing der Trennung wird durch die spekulative Attacke bestimmt werden“.

<sup>25</sup> Und weil diese € 500 Mrd. weg sind, sollen jetzt über ESM schnellstens weitere € 500 Mrd. beschafft werden.

<sup>26</sup> § 488 BGB Vertragstypische Pflichten beim Darlehensvertrag

(1) Durch den Darlehensvertrag wird der Darlehensgeber verpflichtet, dem Darlehensnehmer einen Geldbetrag in der vereinbarten Höhe zur Verfügung zu stellen. Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, einen geschuldeten Zins zu zahlen und bei Fälligkeit das zur Verfügung gestellte Darlehen zurückzuzahlen.

(2) Die vereinbarten Zinsen sind, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, nach dem Ablauf je eines Jahres und, wenn das Darlehen vor dem Ablauf eines Jahres zurückzuzahlen ist, bei der Rückzahlung zu entrichten.

(3) Ist für die Rückzahlung des Darlehens eine Zeit nicht bestimmt, so hängt die Fälligkeit davon ab, dass der Darlehensgeber oder der Darlehensnehmer kündigt. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate. Sind Zinsen nicht geschuldet, so ist der Darlehensnehmer auch ohne Kündigung zur Rückzahlung berechtigt.

<sup>27</sup> Wovon Normalbürger, wie etwa der Bundespräsident, nur träumen können, denn dessen Zins ist variabel, also risikoreich, und kann jederzeit nach oben schnellen!

Minimalzins von 1 % schuldet und erfreulicherweise ist nirgendwo geregelt, ob überhaupt und wenn ja, *wann* sie diesen Wunderkredit jemals zurückzahlen muss. Auf diese Art und Weise wurden ab 2007 rund € 500 Milliarden Schulden auf die EZB umgeschrieben, die aus Zahlungen der BuBa herrühren. Damit schuldet die EZB der BuBa € 500 Milliarden. Man kann es auch so ausdrücken: Praktisch gehört die EZB der BuBa. Nach § 488 III BGB können Darlehen, deren Fälligkeit nicht bestimmt ist, gekündigt werden, wobei die Kündigungsfrist 3 Monate beträgt. Offensichtlich hat die Bundesbank bis heute weder den Gesamtbetrag noch Teilbeträge gekündigt. *Das dürfte inzwischen auch schwierig sein, da dann die EZB gleichentags pleite wäre.*

Verantwortlich für Installierung und Ingangsetzung dieser finanziellen Atomzeitbombe im T2-System: Die deutschen Regierungen ab 1995/deren Vertreter bei Ausarbeitung und Überwachung der TARGET-Regelungen

*(h) Der wegen (a) ermöglichte und (b) durch die EZB geförderte T2-Kreditmissbrauch durch NCBs der schwachen Euroländer.*

Eine höchst zwielichtige Rolle spielt bei diesen Vorgängen die EZB. Grundsätzlich hätte sie aus den verschiedensten Gründen diese Plünderung der starken Zentralbanken durch die verschwenderischen schwachen Zentralbanken verhindern müssen, denn der Untergang der starken Zentralbanken kann bzw. wird im Ergebnis auch ihren eigenen Untergang nach sich ziehen. So ist davon auszugehen, dass die EZB inzwischen der Spielball unterschiedlichster Interessen ist: Die Schwachwährungsländer missbrauchen sie um (kraft ihrer Stimmenmehrheit im Rat) aus den starken Zentralbanken weiterhin Zwangskredite herauszupressen. Für die Halter (oder die Aufkäufer) von Staatsanleihen und sonstiger „Sicherheiten“ ist sie der ideale Container um dort ihre dubiosen „Sicherheiten“ mit hohem Gewinn bzw. „einträglichen Verlusten“ abzuladen (*EZB: Depot of the last Resort*). Ehrgeizige Wünsche der EZB-Führungsspitze nach Aufstieg zur Superzentralbank (auf Kosten der Bundesbank u.a.) mögen eine Rolle spielen, aber auch die üblichen banalen Gründe der Altersversorgung, Postenschieberei, der Unterstützung von Sonderinteressen und der persönlichen Eitelkeiten. Jedenfalls bietet die EZB<sup>28</sup> vor allem der internationalen Finanzoligarchie das ideale Eingangstor um in Kontrollfunktionen Europas einzurücken. Sei dem wie es mag: Die EZB hat bewiesen, dass sie TARGET laufen lassen wird, bis die Assets der BuBa verbraucht sind und über den ESM die Plünderung von Deutschland ungestört fortgesetzt werden kann. Kein Problem wird gelöst, alles auf die lange Bank geschoben.<sup>29</sup> Von der EZB wird der BuBa jedenfalls keine Hilfe zuteil (es sei denn, die BuBa gibt ihre Eigenständigkeit auf).

Verantwortlich für diese Entwicklung: Die deutschen Regierungen samt ihren Vertretern wegen aller oben aufgeführten Punkte.

**(4) 2007 Ausbruch der Krise, T2 startet die Euro-Vernichtung: Juni 2007: € 0 Mrd.**

Wer als verantwortlicher Familienvater seine eigenen Finanzen nicht im Griff hat und diese nicht ständig überwacht, wer zudem noch allen Nachbarn unbegrenzt vertraut und Kredit gewährt, muss sich nicht wundern, wenn eines Tages die Pleite über seine Familie hereinbricht, er selbst der Lächerlichkeit preisgegeben wird, ein Gegenstand von Spott und Hohn, zudem überhäuft von Klagen seiner verarmten Kinder.

**Dezember 2007: € 100 Mrd.**

<sup>28</sup> und der geplante ESM!

<sup>29</sup> „Des Teufels liebstes Möbelstück ist die lange Bank“

Um es vorweg zu nehmen: Die Hauptschwierigkeit, die Problematik von TARGET-2 zu verstehen, liegt darin, dass ein einigermaßen logisch arbeitender Verstand sich zunächst die allzu banale Fehlerquelle riesenhafter Geldverluste überhaupt nicht vorstellen und glauben kann: Und doch enthält dieses Zahlungsverrechnungssystem, über das täglich grenzüberschreitend Zahlungsaufträge in Milliardenhöhe abgewickelt werden, einen so schwerwiegenden Fehler, dass man diesen geradezu als ausdrückliche Einladung zur elektronischen Plünderung aller Vermögenswerte der Deutschen Bundesbank ansehen muss.

Per Mausclick eine Bank zu plündern und zum Ausgleich eine Empfangsquittung der EZB zu hinterlassen, ist eines Thomas Crown<sup>30</sup> würdig. Dass sich im realen Leben irgendjemand die **Deutsche Bundesbank** und ihr scheinbar unermessliches **Vermögen von Euro 770 Milliarden** ernsthaft als **Angriffsziel (= TARGET!)** herausuchen könnte, das, würde man meinen, gehört in das Reich der Phantasie. Und doch ist es so und wir haben oben aufgezeigt, wie das technisch funktioniert und wer dies zu verantworten hat. Wir haben ferner dargelegt, wie die deutschen Regierungen ab 1995 so ziemlich alles unternommen haben, um die idealen Voraussetzungen für einen Großangriff auf die (bislang für unermesslich) gehaltenen Reserven der Deutschen Bundesbank zu starten. Und wie schnell ist das Geld einer Bundesbank vertan, über das kein Zerberus wacht!

**Januar 2009: € 150 Mrd.**

Die Deutschen Bürger haben generell eine Mentalität, die auf freiwillige Haushaltsdisziplin und Sparsamkeit ausgerichtet ist (was für den deutschen Staat/die deutschen Regierungen und den dahinter verborgenen Parteienapparat seit über 40 Jahren leider nicht gilt). Ähnlich ist es in Österreich, den Niederlanden und einigen anderen Ländern. Hingegen sind etwa Griechenland und andere Länder schon seit langem für „kreative“ Haushaltsführung und hingebungsvolles Schuldenmachen bekannt. Da ihnen vorher der Zugang zum Kreditmarkt aufgrund ihrer Haushaltsdefizite weitgehend versperrt war, ergab sich durch den Beitritt in die EU eine glänzende Möglichkeit über die Gesamthaftung der übrigen Länder (insb. Deutschlands) weltweit an günstige Kredite und Subventionen zu gelangen. Etwaige Kontrollen des Finanzgebarens oder Sanktionen brauchten nicht befürchtet werden (siehe obige Ausführungen). In der EU und im EZB-Rat musste Deutschland schnell feststellen, dass die Herrschaft über die Finanzen aufgrund der geschilderten Stimmverteilung in der Peripherie Europas und nicht beim Zahlmeister lag.

**April 2010: € 200 Mrd.**

Da die verschiedenen deutschen Regierungen ab ca. 1995 bis 2007 die optimalen technischen und praktischen Voraussetzungen für einen Angriff gegen den Euro geschaffen hatten, staute sich<sup>31</sup> im Hintergrund bis 2007 eine unheilvolle Flut an. Die Verschuldungsspirale drehte sich wie rasend und es folgte ein stetiges Auseinanderdriften von Staaten mit weniger verschuldeten Haushalten und einigermaßen stabiler Wirtschaft und Ländern mit extremer Staatverschuldung und künstlich erhitzter Wirtschaft, die nur auf Subvention und Kredit aufgebaut war. Im Jahr 2007 brach der Damm: Alle von den Schwacheuroländern in einem Jahrzehnt aufgestapelten Schulden und nachlässig konstruierten Phantasiegebäude brachen kaskadenförmig zusammen. Weitere Subventionen blieben aus und die Kreditversorgung kam in mehreren Ländern schlagartig zum Erliegen. Die (überraschten) Gläubiger waren nicht mehr bereit, marode Staaten zum Billigzins zu kreditieren. Jetzt wurde das Schnüren von Rettungspaketen zur Hauptaufgabe von Regierungschefs und Ministern, das Erklären derselben das der Fraktionsspitzen. „Rettungsmaßnahmen“ sollten insbesondere Griechen-

<sup>30</sup> Der Film „**Thomas Crown** ist nicht zu fassen“ (Originaltitel **The Thomas Crown Affair**) ist ein Heist-Movie aus dem Jahr 1968 mit Steve McQueen und Faye Dunaway, [de.wikipedia.org](http://de.wikipedia.org)

<sup>31</sup> Wie von Garber prognostiziert; a.a.O., Seite 212, 4.6 „An attack scenario“

land, Portugal und Irland vom Konkurs abhalten. Da man vorher geträumt hatte, wurde zunächst der Umfang der Probleme auch nicht annähernd geistig erfasst. Es sollten einmalige Rettungen sein. Es blieb nicht dabei. Vier lange Jahre wird nun höchst aufgeregt gerettet. Ein klarer Plan ist dahinter nicht ersichtlich,<sup>32</sup> vom Erfolg ganz zu schweigen.

Für den deutschen Bürger und Steuerzahler, der bald in Billionenhöhe (!) mithaften soll, ist alles nicht überschaubar, von der Regierung wird er nicht gefragt und seine Abgeordneten verstehen i.d.R. genauso wenig wie er selbst. Er ahnt nur Schlimmes und weiß, dass dies irgendwie mit einem Auseinanderdriften der Union in „starke“ und „schwache“ Eurostaaten zusammen hängt. Aber während inzwischen die schwachen Länder über ihre Stimmrechtsmajorität im EZB-Rat und der EU immer neue Hilfsmaßnahmen an sich selbst und auf Kosten der anderen Mitgliedsländer durchdrücken, wollen die starken Länder diesem sinnlosen Kapitalabfluss ein Ende bereiten. Doch beides geht nicht.

**Juni 2010: 250 Mrd.**

Als logische Konsequenz dieser Ereignisse tritt seit 2007 in den schwachen Ländern eine zunehmend reale Angst vor den Folgen eines Auseinanderbrechens der Union, bzw. ihres ganzen Landes (Griechenland) und damit ihres eigenen Lebens zu tage. Diese Angst ist tief begründet. Die steigenden Zinsen für Staatsanleihen sind hierfür der Gradmesser. Wie ein scheues Reh sucht nun das durch Kreditexzesse „verschmutzte“ Kapital dieser Länder einen Platz der Sicherheit und Ruhe. Es kommt nach Deutschland. Diese Bewegung ist verständlich, wie denn auch jeder vernünftige Mensch klugerweise der Gefahr ausweicht. Bei Geldgefährdung heißt sie „Kapitalflucht“. Wo aber viel bewegt wird, ist die Spekulation nicht weit und leider ist es eine Tatsache, dass Spekulanten kaufmännisch erfahren sind<sup>33</sup> und deshalb früher, besser und langfristiger planen als Politiker. Fehler in ihrer Strategie gehen zu eigenen Lasten, Fehler der Regierung zu Lasten ihrer Bürger. Das befördert die Denkbereitschaft in unterschiedlicher Weise.

**Dezember 2010: € 300 Mrd.**

Ab Frühjahr 2011 nahmen sich die Professoren Sinn und Wollmershäuser dieses Themas an<sup>34</sup> und hoben die explosive TARGET-Problematik auf die Stufe, auf die sie hingehört: An die Spitze aller Prioritäten der Bundesregierung und unseres Staates. Es gibt (außer ESM) kein Thema, das auch nur annähernd die gleiche Bedeutung hätte. Die Operationen von TARGET werden (und dies zeichnet sich bereits deutlich ab) zum bislang größten – und sinnlosesten - Kapitalverlust der Bundesrepublik Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg führen. Aus unserer Sicht geht es zukünftig nur noch darum, ob es in den kommenden 100 Tagen gelingt, ein weiteres Auflaufen und Neubegründen (ESM!) noch größerer Schuldverpflichtungen der deutschen Bürger zu verhindern. Das deutsche Volk kann einiges ertragen, aber was Zuviel ist, ist Zuviel!<sup>35</sup> Insofern kann die unermüdliche Tätigkeit von Sinn und Wollmershäuser, aber auch anderer deutscher Wissenschaftler, gar nicht hoch genug gewürdigt werden.

Doch die deutsche Regierung hat immer noch nicht reagiert und so gibt es – dank deren Nachlässigkeit – nach wie vor auf der ganzen Welt keinen Weg, der sich besser zur „grenzüberschreitenden“ (Cross-Border) Kapitalflucht eignet, als den über TARGET-2. Finanziert allein aus der Kasse der Deutsche Bundesbank. Zudem schnell und billig, per Knopfdruck in Realtime. Und das Beste daran: das verschmutzte Fluchtbündel muss Griechenland gar nicht verlassen: Es wird einfach bei der Bank of Greece abgelegt und dafür

<sup>32</sup> Das Wort „Der Fuchs ist im Hühnerstall“ beschreibt die Situation besser.

<sup>33</sup> Eine Fähigkeit, die den meisten Beamten, Abgeordneten, Ministern und selbst Kanzlern abgeht.

<sup>34</sup> Sinn, Wollmershäuser, a.a.O., mit zahlreichen weiteren Verweisen (dort: Seite 8)

<sup>35</sup> Homburg, „Das ist ein verbrecherisches Spiel!“, *Deutsche Mittelstandsnachrichten*, 12.10.2011

liefert die Deutsche Bundesbank im Gegenzug (freiwillig kann man nicht sagen) aus ihrem Bestand frisches, sauberes Geld in bester Qualität frei Haus. Unser Gyros kann damit machen was er will: ein Schiff kaufen, ein Haus, oder eine einfache Festgeldanlage bei einer deutschen Bank tätigen.

Es klingt einfach, aber der Vorgang selbst funktioniert noch schneller und einfacher als man diese Zeilen lesen kann.

**(5) Die TARGET-Geld-Wasser-Ströme der Euro-Geld-Wasser-Union.**

(Versuch einer vergleichenden Darstellung)

Wir werden nachstehend die Funktionsweise der Geldbewegungen in und um TARGET bildhaft wiedergeben. Denn wir denken, dass (a) die komplexen Geldflüsse, (b) die in diesem Zusammenhang verwendeten Fachbegriffe und (c) die wirtschaftlich für Deutschland verheerenden Folgen von T2-Operationen in ihrer tatsächlichen Erscheinungsform als Geldbewegungen für den normalen Bürger letztlich nicht nachvollziehbar sind.<sup>36</sup> Die öffentlich ausgetragenen Debatten über das Bestehen oder Nichtbestehen von Gefahren aus T2 zeigen dies deutlich. Ganz allgemein werden im Zusammenhang mit Geldbewegungen vielfach Ausdrücke verwendet, die dem Bereich des Wassers entstammen.<sup>37</sup> Wir beschreiben und beobachten deshalb anschließend die durch TARGET ausgelösten Geldflüsse als solche einer Euro-Wasser-Union, da wir davon ausgehen, dass hier verblüffende Ähnlichkeiten zu internationalen Geldbewegungen bestehen. Die Begriffe Geld/Wasser werden dabei synonym verwandt. Der interessierte Leser kann sich unschwer in dieses Bild vertiefen, wenn er die nachfolgende Beschreibung stets vor Augen hat.

---

<sup>36</sup> Denn wie ist es anders zu verstehen, dass sich Bevölkerung und Presse für allenfalls unbedeutendes Fehlverhalten (sofern überhaupt vorliegend!) ihres Bundespräsidenten mehr kümmern, als um die Tatsache, dass durch die aktuellen Geschehnisse im Finanzmarkt ihr eigenes Vermögen und ihre Freiheit (ESM!) massiv gefährdet werden. Wäre ihnen das bewusst, würden sie aufheulen!

<sup>37</sup> Geldfluss, Liquidität, Reserve, Geldströme, Geldhahn zudrehen, Geld schöpfen, flüssig sein, überflüssig, usw.

**Blickfeld:**

1. Betrachtet wird nur der Teil der **Euro-Wasser-Union (EWU)**, der Griechenland (GR) und Deutschland (D) betrifft. Systeme mit PIISF<sup>38</sup> sind gleichgeschaltet und potenzieren nur die dargestellten Aktionen und daraus resultierenden Bewegungen.
2. Die jeweils bilateralen (nicht trilaterale!) Beziehungen zwischen
  - BoG - BuBa Bank of Greece (BoG) – (BuBa) Deutsche Bundesbank
  - BoG - GrB Griechische Geschäftsbanken
  - BoG - ECB Europäische Zentralbank (*auch EZB*)
  - BuBa - ECB
  - BuBa - DBS Deutsches Geschäftsbankensystem
3. Die simultanen Bewegungen der ECB, BuBa, BoG und DBS, GrB die keinen Geldfluss beinhalten sondern nur auf T2-Kommandoebene ablaufen (hier „Aktionen“), z.B. Forderungübertragung, Sicherheitenaustausch. **NCB** = (National Central Bank)

**Ausgangslage:**

Das geschlossene Wassersystem liegt stufenförmig an einem abfallenden Hang. Am höchsten Punkt des Geländes, befindet sich eine Zisterne (1), dann folgen die Ebenen 2 - 4.

- (1) Aus der **Zisterne** läuft das Wasser in stets gleicher Menge und Eigengefälle von einem Becken in das nächste - von Überlauf zu Überlauf - durch das ganze System von (1) > (2) > (3) > (4) > (1) ...
  - (Q) Zwischen (1) und (2) befindet sich die Quelle Q. Sie liefert in natürlichem Fluss in Zeit x (bspw.) 100 m<sup>3</sup> Frischwasser direkt in das BuBa-Becken (2).
- (2) Es folgt das **Buba-Becken** mit 1000 m<sup>3</sup> Inhalt. Es ist artesisch mit dem auf gleicher Höhe befindlichen **DBS-Becken** verbunden. Daneben gibt es eine weitere Wasserleitung zwischen beiden Becken mit zwischengeschalteter **T2-Pumpe**. Gesteuert wird diese Pumpe von der **BoG**= Bank of Greece = NCB.
- (3) Das Becken der **BoG** mit 2000 m<sup>3</sup>. Mit dieser ist auf gleichem Niveau das Becken der griechischen Geschäftsbanken (**GrB**) verbunden (identisch Ebene 2). Eine Leitung samt weiterer **T2-Pumpe** verbindet beide Becken. Gesteuert wird diese Pumpe von der **BuBa**.
- (4) **ECB-Becken** mit 1.000 m<sup>3</sup>: Es sammelt das ankommende Wasser und sendet es (nach entsprechendem Signal „Zisterne leer!“) durch die Z-Pumpe wieder nach (1), füllt die Zisterne und schaltet die Z-Pumpe dann automatisch wieder ab.

**Sonstiges:**

In den Becken (nicht der Zisterne) befinden sich Fische. Sie können nur in klarem, natürlichem Wasser unbeeinträchtigt leben. *Ersatzwasser* (für verbrauchtes Wasser) ist in der Gegend nur gegen Bezahlung verfügbar, kann über Wasser-Companien (**WC**) zugekauft werden. Dies fremde Wasser ist je nach Gegenwert der Bezahlung mehr oder weniger verschmutzt. Bei einem Mischungsverhältnis von mehr als 70/30 Schmutzwasser/Frischwasser sterben die Fische. Die Wassermeister der Becken (2) (3) (4) BuBa, BoG, ECB, entscheiden in Bezug auf dies „Ersatzwassers“: (a) den Ankaufzeitpunkt, (b) den Preis und damit (c) die Quantität und Qualität und schließlich (d) über Zeit, Ort und Menge der Einleitung von Ersatzwasser. Die Begriffe „Becken“, „Bassin“, „Reserve“, werden synonym verwandt.

<sup>38</sup> Portugal, Italien, Irland, Spanien, Frankreich

### (A) Die normale Wasserzirkulation

Der ideale Zustand des Wassersystems ist folgender: Alle Becken und Leitungen sind dicht. Das Quellwasser vermischt sich mit dem Gesamtwasserbestand und fließt konstant im Kreislauf Q – (2) – (3) – (4) – Pumpe – (1) – (2) – (3) usw., usw. Wenn die Verdunstung geringer ist als der Quellzufluss (z.B. 100 m<sup>3</sup>/Jahr), wird im Gesamtsystem schließlich ein Überschuss von (unterstellt) ca. 80 m<sup>3</sup> (Idealzustand) an sauberem Wasser entstehen, der für andere Zwecke eingesetzt werden kann. Gleiches gilt, wenn weitere Quellzuflüsse rund um das Gesamtsystem erschlossen werden. Unter solchen Verhältnissen kann sich das System langsam erweitern und überall herrschen einwandfreie Verhältnisse. Externe Wasserzufuhr ist die rare Ausnahme und nur in seltenen langdauernden Hitzeperioden erforderlich. Es erfolgt überall fortlaufende Kontrolle und Wartung aller Einrichtungen. Entnahme erfolgt nur bei Überschuss und nur im Verhältnis Beckenvolumen/Gesamtwassermenge des Systems. Werden diese Regeln eingehalten (Maastricht!), wird dieses System stabil und dauerhaft arbeiten und hinreichend Wasserüberschuss in allen Becken bereitstellen.<sup>39</sup>

### (B) Die Wasserwirtschaft in der Euro-Wasser-Union am Beispiel Griechenland (GR) – Deutschland (D)

In genauer Kenntnis der zwingenden Voraussetzungen nach (A) haben sich die EWU-Länder, am 01.01.1999 zu einer Euro-Wasser-Union zusammengeschlossen, erklärten sich an die Regeln (A) zu halten und immer gemeinschaftlich, je Land eine Stimme, über alle Maßnahmen nach dem Mehrheitsprinzip zu entscheiden.

Im Nachhinein stellt sich nun heraus, dass z.B. beim Wasserbetrieb der griechischen Becken (GoB und GrB) entsetzliche Zustände herrschen (in anderen €-Ländern ist es ähnlich). Die GR-Ausgangssituation ist bei Betriebsbeginn im Jahr 2001 folgende:

Das Becken ist undicht, seit Jahren nicht gewartet, zur Wartung fehlen Leute, Wasser wird unkontrolliert für Gärten, Schwimmbäder, Fahrzeugwäsche entnommen, große Mengen Wasser werden heimlich abgezapft oder offen gestohlen (ähnlich mit Abstufungen in den vergleichbaren Becken von Portugal, Irland, Italien, Spanien, Frankreich). Die so verursachten Wasserverluste übersteigen allein im griechischen Wasserbetrieb bei weitem den Zulauf aus der weit entfernten Quelle Q., der für das gesamte System 1 – 4 reichen muss.

Entsprechend musste und muss GR fortlaufend *Ersatzwasser* zukaufen (die gleiche Situation bei PIISF und auch aus dem BuBa-Becken wurde mehr Wasser entnommen als zulässig). Diese Gesamtumstände waren teils bekannt, teils aus Nachlässigkeit nicht bekannt, teils wurden sie gezielt verschleiert. Es fand weder eine Kontrolle der Becken, noch der Entnahmen, noch der finanzierten Wasserzufuhren statt (= stete Wasserverschmutzung! s.u.). Entsprechend wurden die Missstände nicht nur nicht behoben sondern verselbstständigten sich und vergrößerten sich fortlaufend bis zum heutigen Tag. In jedem Becken!

**Juli 2011: € 350 Mrd.**

Verliert ein geschlossenes System Wasser, muss Wasser zugekauft werden. Die GR-Wasser-Regierung half sich auf gewohnte Weise: Sie verkaufte verzinsliche WSS = WasserSchuld Scheine (**auch Staatsanleihen etc. genannt**) und kaufte mit den Erlösen das fehlende (anfänglich gute) Wasser nach. Die WSS wurden weltweit verkauft. Die Käufer der WSS sind von einem stabilen GR-Wassersystem ausgegangen, haben Zusatzsicherheit aus EU-Ver-

<sup>39</sup> Siehe zu dem Gesamtkomplex : Garber, "The TARGET mechanism: will it propagate or stifle a Stage III crisis (1999)" in Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy 51 (1999) Seiten 195 – 220, North Holland

bundhaftung erwartet (doch ist Verbundhaftung im System ausgeschlossen, § 125 AEU-Vertrag). Klumpenrisiko wurde nicht gesehen. Zahl und Umfang der WSS erhöhten sich ständig; war irgendwo/irgendwann ein WSS fällig, wurde er verlängert und (incl. Zins) durch einen größeren WSS (mit höherem Zins) ersetzt. Der Ersatzwasseranteil im System stieg damit kontinuierlich. Das Kreditausfallrisiko wurde vielfach über CDSs (rück-)abgesichert.<sup>40</sup>

### C) Finanzkrise 2007 und deren erste Auswirkungen

Mit der aus den USA herüberflutenden Finanzkrise 2007/2008, basierend auf aberwitzigen (oft kriminellen) Grundstücksverbriefungen und fehlender Rückabsicherung, ergaben sich riesige Milliardenverluste im weltweiten Finanzsektor. Alle Kredite kamen nun auf den Prüfstand, so auch (a) die kreditfinanzierten Wasserkäufe, (b) deren „Absicherung“ durch WSS (Staatsanleihen) und (c) die Grundlagen des Geschäfts. Es ergab sich ein verheerendes Bild nicht nur des griechischen Wassersystems (siehe B) sondern des gesamten europäischen Wassersystems. Alle von Anfang an vorhandenen Fehler wurden ans Licht gespült. Alle Euro-Becken wurden untersucht. Dramatische Verhältnisse auch in vielen anderen Becken. Das enorme Klumpenrisiko wurde nun offenbar (mehr Länder, mehr Kreditgeber, unerwartete Kredithöhen), ebenso das Risiko der Systemabschaltung (der Beendigung der Wasserunion). Dem Zufluss von 10 m<sup>3</sup> (pro x Tagen) standen Wasserverluste in Griechenland von 30 m<sup>3</sup> gegenüber und summierten sich mit Verlusten aus anderen Becken auf 100 m<sup>3</sup> (pro x Tagen). Die kumulierten, fast unübersehbaren Wasserverluste von 10 Jahren waren stets rollierend durch weitere kreditfinanzierte Wasserlieferungen ersetzt worden. Die Kreditsummen entsprachen – in m<sup>3</sup> umgerechnet – dem natürlichen Wasserzufluss des Systems in Jahrhunderten. Es wurde klar, dass diese Kredite mit dem normalen Systemzufluss niemals zu erwirtschaften waren. Folglich sind seither viele Wassergesellschaften (WCs) nicht mehr bereit, weiter Wasser zu liefern, es sei denn, gegen hohe Zinsaufschläge und kurzfristige Zahlung.

### D) Zustand ab 2008 - 2011

Das undichte GR-Wassersystem braucht fortlaufend zusätzliches Wasser. Griechenland kann keine geeigneten/werthaltigen Sicherheiten liefern. Für minderwertige oder fehlende Sicherheiten erhält GR seither minderwertiges Wasser in ständig abfallender Qualität. Damit wird dessen Wassersystem sukzessive mit Schmutzwasser vermischt. Über den Wasserkreislauf und die T2-Pumpen infiziert dieses **Schmutz-Wasser** nach und nach die ganze Wasser-Union und gefährdet auch bislang einigermaßen stabile Becken. Die Angst der finanzierenden WCs steigt, ebenso die der CDS-Garanten, und gemeinsam sind sie zusätzlich mit einem Offenlegungsproblem konfrontiert.<sup>41</sup> 2012 drängen alle auf (vollständige) Bezahlung der Kredite, bzw. sie versuchen die faulen WSS ohne Verlust loszuwerden. Doch nun wollen die Regierungen der Wasser-Union – in bestem Einvernehmen mit den CDS-Garanten – die WCs (ihre Gläubiger, darunter zunehmend Hedgefonds)<sup>42</sup> zwingen, auf Teile der Wasserrechnung zu verzichten bzw. erhebliche Abschläge auf WSS hinzunehmen.

**September 2011: € 400 Mrd.**

<sup>40</sup> CDS: Credit Default Swaps (hier vereinfacht: handelbare [Derivat] Kreditversicherung über das Risiko „Ausfall von Wasserkrediten und Wasserschuldscheinen“.

<sup>41</sup> Rolf Benders, „Regulierer ängstigen Anleger“, *Handelsblatt*, Nr. 10, 13./14. Januar 2012, S. 15.

<sup>42</sup> „Hedge-Fonds fordern EU heraus“, *Handelsblatt*, Nr. 10, 13./14. Januar 2012, S. 34; „Hedge-Fonds spekulieren auf Griechenland-Pleite“, *Spiegel Online*, 11. Januar 2012.



### E) Vorgänge im Hintergrund

Den Verzicht lehnen viele weltweit aktiven WCs mit gutem Grund ab: In weiser Voraussicht haben sie für den Fall von Zahlungsverzug oder Konkurs Kreditausfallversicherungen in Form von sogenannten CDSs abgeschlossen und dafür teure Prämien gezahlt. Beispiel: Zahlt Griechenland seine Extra-Wasserrechnung nicht und geht in Konkurs, muss der hinter den Versicherungen/CDSs stehende Garantiegeber eintreten. Schließlich hat er auch die hohen Prämien kassiert. Garantiegeber sind vielfach US-Finanzinstitute, allen voran Goldman & Sachs (G&S). Bei Kreditierung der zusätzlichen Wasserlieferungen der Jahre 2000 – 2007 wurde jedoch die Risikolage völlig falsch eingeschätzt und es sollten mit (Rück-) Versicherungsprämien hohe Gewinne eingefahren werden. So haben sich zwar die Kreditgeber (teilweise) gegen den Ausfall versichert, deren Rückversicherer (z.B. G&S) haben hingegen Prämien kassiert ohne sich ihrerseits abzusichern bzw. Sicherheitsrücklagen zu bilden. Man glaubte sich dies sparen zu können und hoffte, die so kassierten Prämien ungeschmälert als Gewinn zu verbuchen.<sup>43</sup> Das kann sich als schwerer Irrtum erweisen.

### F) Aktuelle Risiken aus kranken CDS-Kontrakten und Problemlösung

Angenommen (ein fiktiver Fall:), die Deutsche Bank (DB) hat für die Finanzierung einer Wasserlieferung nach Griechenland (Jahr 2005) einen verzinslichen WasserSchuldSchein WSS erhalten, diesen bei oder über G&S als Garantiegeberin (rück-)versichert und nun geht Griechenland (oder Portugal etc.) in Konkurs. Unterstellt weiter, die DB fällt vollständig aus (Totalverlust des WSS). Sie wendet sich nunmehr an G&S, die Garantiegeberin (sie hat erhebliche Prämien für genau diesen Fall kassiert). Nun muss G&S zahlen, das ist unangenehm, denn es melden sich genau zur gleichen Zeit zahlreiche andere Geschädigte mit gleichem Anliegen. Als Folge würden die Ansprüche gegen G&S astronomische Höhen erreichen und bei G&S katastrophale Folgen mit entsprechender Kettenreaktion auslösen. Ähnlich erginge es weiteren Finanzinstituten. So würde sich jedenfalls der Bankrott der Euro-Wasser-Union (bzw. eines Teils davon) auch verheerend auf US-Finanzinstitute auswirken. So einen Verlauf wollen etwa G&S und auch die US-Regierung unbedingt vermeiden. Da bietet sich die übliche Lösung an: jemand anderer muss zahlen, und was liegt näher, als die Verluste zu sozialisieren: die Steuerzahler sollen die Rechnung bezahlen (möglichst zu 100 %) – aber natürlich nicht die amerikanischen, sondern vor allen die deutschen! Die Lösung ist einfach: Ein weiteres Rettungspaket muss her!<sup>44</sup>

### G) Die aktuelle Situation Januar 2012

Und während nun plötzlich überall Schrecken auftauchen und Rettungspakte über Rettungspakte für Banken (nicht Länder) geschnürt werden, die EZB sich mit Schulden aufbläht, die Zinsen für WasserSchuldScheine WSS explodieren, andere Wasserrechnungen mit Zwangsandrohung begetrieben werden, Hedgefonds WSS aufkaufen um spekulative Gewinne in nie dagewesener Milliardenhöhe zu erzielen, sich aus allen Herren Ländern die Hiobsbotschaften überschlagen, schreitet eine Entwicklung stetig fort:

**September 2011: € 450 Mrd.**

<sup>43</sup> Dr. Paul Craig Roberts, *ef-Magazin*, 30. November 2011

<sup>44</sup> Und insoweit sind die ehemaligen Mitarbeiter von G&S in Europa gut positioniert, siehe Fn. 42.; „Goldman Sachs empfiehlt Wetten gegen den Euro.“ [www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de](http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de), 30.Nov. 2011; „Erobert Goldman Sachs Europa?“ in *german.china.org.cn* › Wirtschaft, 10.Jan. 2012

Die EU-Wasserunion verschwendet (Tendenz steigend) auch 2012 wesentlich mehr Wasser als zufließt, denn die undichten Stellen in vielen Becken werden eher mehr als weniger!

Denn es ist praktisch unmöglich ein Becken zu reparieren ohne dessen Wasser komplett auszulassen (= Konkurs!). Und weil dies nicht geschieht, setzt sich die Verrottung der Euro-Wasser-Union ungehindert fort, während Politiker und Banken und Privatleute europaweit überlegen, wie sie ihr Amt und Geld auf Kosten der normalen Bürger in Sicherheit bringen oder gar vermehren können. Währenddessen setzen kühle Geschäftsleute mit Shortpositionen auf den Untergang des Euro-Systems und Hedgefonds kaufen mit gleicher Überlegung billig WSS ein, um sich diese später mit Gewinn ablösen zu lassen oder alternativ (im Konkursfall oder bei gesetzlich erzwungenem Teilverzicht) die volle Versicherungsprämie zu kassieren.

Das für den Betrieb des Wassersystems eingesetzte Pumpensystem **TARGET-2** leistet bei diesen Strategien indirekt und direkt beste Dienste. Dies wird (stellvertretend für die übrigen Länder der Euro-Wasser-Union) am Beispiel der korrespondierenden nationalen Wasserwirtschaft von Griechenland und Deutschland exemplarisch aufgezeigt werden.

#### H) Einsatz von Target-Pumpen im europäischen Wassersystem Mechanismen, Operationen, Ergebnisse

Die unter (A) geschilderten Zustände der nationalen griechischen Wasserwirtschaft und der daraus folgende Wassermangel sind als verheerend bekannt. Mangels geeigneter Sicherheiten wird Wassermangel durch Einleitung mehr oder minder verschmutzten Wassers „behoben“.<sup>45</sup>

#### <sup>45</sup> Schmutzwasser = Inflation = Schmutzwasser

(A) Beispiel: In einem stabilen Wassersystem sind 1.000m<sup>3</sup> Wasser. Pro Jahr fließen aus einer Quelle 100 m<sup>3</sup> zu. Gegenüber steht ein geschlossenes Geldsystem mit 1.000 €. Jedes Jahr werden zusätzlich 100 € gedruckt (m<sup>3</sup>/€ konstant 1 : 1).

(B) Becken undicht: Es verliert 200 m<sup>3</sup>/Jahr. Nach 10 Jahren ist das Becken leer (Bestand 1.000 m<sup>3</sup> + 1.000 m<sup>3</sup> Zulauf – 2.000 m<sup>3</sup> Verlust = 0 m<sup>3</sup>). Wird nicht sofort repariert (die einzig richtige Lösung!) muss Wasser *zugekauft* und eingefüllt werden - in fünf Jahren 500 m<sup>3</sup>. Die verfügbare *Wassermenge*: erneut 1.000 m<sup>3</sup> (1.000 m<sup>3</sup> Bestand + 500 m<sup>3</sup> Zulauf – 1000 m<sup>3</sup> Verlust + 500 m<sup>3</sup> Zukauf/Ersatz). *Geldseite*: € 2.000 (Bestand € 1.000 + € 500 Neudruck + € 500 Ersatzdruck = € 2.000). Ergebnis nach 5 Jahren: Wassermenge 1.000 m<sup>3</sup>, Geldmenge € 2.000: das Geld ist im Verhältnis 1 : 2 (um 50 %) entwertet/inflationiert worden.

Die Lieferanten sind nun vorsichtig: Der Geldschwemme steht die ursprüngliche Wassermenge gegenüber. Weitere Verluste von 1.000 m<sup>3</sup> in den nächsten 5 Jahren müssen durch Ersatzlieferungen ausgeglichen werden. Die Lieferanten fordern zum Inflationsausgleich für 1.000 m<sup>3</sup> Zahlung von € 2.000, die jetzt zusätzlich gedruckt werden. Nach 10 Jahren: 1.000 m<sup>3</sup> im Bassin und € 4.000 im Umlauf. Man muss 4 Euro aufwenden um 1 m<sup>3</sup> gutes Wasser zu kaufen. Das Systemgeld ist entwertet – verschmutzt!

Steigen Geldmenge und Wassereinkaufspreis 1 : 1, hat der Lieferant nach 10 Jahren drei Alternativen um Kaufkraftverluste zu vermeiden: (1) Er fordert den 4-fachen Preis. (2) er liefert nur ¼-tel der Wassermenge. (3) Er liefert die gleiche Quantität ohne Qualität = Schmutzwasser. (1) Scheidet aus: Bei Bezahlung würde dem Bürger die extreme Inflation völlig offensichtlich. (2) Scheidet aus, da dadurch das Wassersystem mangels Wasser kollabieren würde. Es bleibt nur Lösung (3): Mit Einverständnis der Regierung wird Schmutzwasser als „Ersatz“ geliefert. Vordergründig ist dies (zunächst) die beste „Lösung“ des Problems. Dieser „Lösungsweg“ führt in letzter Konsequenz zum sicheren Kollaps des Systems: Mit Schmutzwasser kann kein sauberes und zudem undichtes Wassersystem betrieben werden! Ergebnis: Im geschlossenen Wassersystem führt der Ersatz von vergeudetem Wasser über Geldmengenvermehrung zu Wasserverschmutzung und Systembruch.

### Der Mechanismus

Der Grieche Gyros, wir kennen ihn schon, hat sich (gegen eine „sehr schwache“ Sicherheit)<sup>46</sup> auf Kredit einen Anteil vom erheblich verschmutzten Wasser im GrB-Becken gekauft. Im Schmutzwasser des griechischen Wassersystems beginnen dann leider seine Fische zu sterben. Er befürchtet weiter steigende Verschmutzung auch „seines“ Wassers und den Tod der restlichen Fische und beschließt die „Wasserflucht/Kapitalflucht“ nach Deutschland. Er kennt den Quellzufluss Q, der das BuBa-Becken speist, dessen Wasserqualität, den guten Systemzustand und weiß, dass im deutschen **GeschäftsBankenSystem (DBS)** die Zufuhr von Schmutzwasser (bislang) weit geringer ist als in Griechenland – und er kennt die Vorteile und feinen Regelungen von **TARGET-2**.

So zeichnet er einen Anteil von 100m<sup>3</sup> (Wasser samt Fischen) am Inhalt des deutschen DBS-Beckens und verspricht umgehende Lieferung dieser Wassermenge. Gyros erteilt seiner GrBank (GrB) den Auftrag, dafür zu sorgen, dass 100 m<sup>3</sup> für ihn selbst in Deutschland bei DBS ankommen. Da es sich um eine grenzüberschreitende Transaktion handelt, erfolgt die Abwicklung über das Organisations- und Pumpsystem TARGET-2 (**T2**). Der unwiderrufliche Auftrag der BoG an BuBa das Wasser in Deutschland an DBS/Gyros auszuliefern, führt nicht zur körperlichen Grenzüberschreitung des Wassers (Wasser und Fische von Gyros werden die Grenze bei dieser Transaktion tatsächlich und virtuell nicht passieren[!] – sie bleiben im griechischen Wassersystem, genauer bei der GoB zurück).

### Die Operationen

Die nachfolgend geschilderten Ereignisse (1)+(2) erfolgen – abweichend von der Schilderung – in Echtzeit (real-time/zeitgleich).

1. Eine griechische T2-Pumpe pumpt 100 m<sup>3</sup> Wasser von GrB nach BoG. BoG hat zunächst 100 m<sup>3</sup> Wasser mehr, GrB 100 m<sup>3</sup> Wasser weniger (jeweils Schmutzwasser samt toten und halbtoten Fischen). (Von dort fließt es später als erneuter Kredit der BoG an GrB an diese zurück und der T2-Kreislauf beginnt von neuem).
2. BoG gibt nun Signal an die deutsche T2-Pumpe und diese pumpt automatisch 100 m<sup>3</sup> Wasser (samt Fischen) aus dem Bassin der Buba nach DBS. Folge: Bei BuBa *fällt* der Eigen(!)-Wasserspiegel, bei DBS/Gyros *steigt* der Eigen-Wasserspiegel (Grund: Auftragsgemäß haben 100 m<sup>3</sup> Wasser den Eigentümer gewechselt. BuBa hat 100 m<sup>3</sup> Eigen-Wasser verloren).
3. Da BoG die deutsche T2-Pumpe betätigt hat, fehlen nun im BuBa-Becken 100 m<sup>3</sup> Eigen-Wasser. Deshalb schuldet BoG an diesem Tag (nur bis 24 Uhr) der BuBa die Erstattung/Lieferung von 100 m<sup>3</sup> Eigen-Wasser. Diese Forderung wird im TARGET-System – an diesem Tag - wie ein Tages-Wasser-Kredit von 100 m<sup>3</sup> Wasser der BuBa an BoG behandelt, der offen/unverrechnet bleibt.
4. Durch die Pumpaktion steigt der Eigen-Wasserspiegel im DBS-Becken (dieses wird geflutet). Es ist dort mangels Liquiditätsbedarf überflüssig, strömt artesisch zurück nach BuBa und vermischt sich im Verhältnis 1 : 9 Teile mit dem Eigen-Wasser der BuBa. Die Wasserspiegel sind wieder ausgeglichen (*nach 10 gleichen Operationen wäre das Eigen-Wasser der Buba restlos durch DBS-Wasser ersetzt*).

<sup>46</sup> „EZB Europa’s Bad Bank“, www.daserste.de-plusminus/EZB (18.01.2012)

5. Um 24 Uhr findet „gemäß den Regelungen“ von TARGET-2 **(a)** ein Schuldnerwechsel und **(b)** eine automatische Vertragsänderung statt: **(a)** Die EZB tritt an die Stelle der GoB als zukünftiger Wasser-Schuldner der BuBa; **(b)** der *Tages-Wasser-Kredit* wird zwangsweise zum *Dauer-Wasser-Kredit* der BuBa umgewandelt („iou“ der EZB an BuBa zu 1 % Zins, EZB-Sicherheiten: unbekannt, minderwertig).<sup>47</sup> Die Schuld der BoG - BuBa wird zur Schuld BoG – EZB. Damit ist der Vorgang abgeschlossen.
6. Ergebnis aus Sicht von Gyros: Er hat ohne Mühe schmutziges Wasser mit verendenden Fischen in Griechenland gegen gutes Wasser mit kerngesunden Fischen in Deutschland getauscht – mit schlechter Sicherheit, ohne Aufpreis! Gyros ist zufrieden.
7. Ergebnis aus Sicht der Bundesbank: Sie hat gezwungenermaßen gutes Wasser mit feinen Fischen hergegeben und dafür einen Zettel der EZB erhalten, auf dem steht: „Wir schulden Ihnen Wasser und Fische. Ob, wann und welches Wasser wir mit lebendigen oder toten Fischen liefern werden, steht nicht fest. Als Zins erhalten sie 1 % Schmutzwasser Ende dieses Jahres. MfG EZB.“ Die Bundesbank ist verwirrt.

Natürlich kann dieser Vorgang auch umgekehrt ablaufen, also Wasser-Kapital-Flucht (WKF) oder natürlicher Kapitaltransfer nach Griechenland stattfinden. Es wäre aber Unsinn dies zu untersuchen, da der Trend aus den genannten Gründen eindeutig in die Gegenrichtung verläuft (WKF nach Deutschland) und nur die saldierten Ergebnisse von Interesse sind.

Okttober 2011: € 500 Mrd.<sup>48</sup>

### Die Ergebnisse

#### Was bedeuten die geschilderten Vorgänge?

- Das GrB-Wassersystem gibt fortlaufend verschmutztes Wasser an BoG ab.
- Die Wasserschulden der BoG ggü. der EZB steigen maßlos (Target-2-Schulden)
- Die BoG ertrinkt in Schmutzwasser (Gegenposition zu Target-2-Schulden)
- Der Wasserhaushalt BoG-GrB ist (nur quantitativ!) per se ausgeglichen
- GoB-GrB-Wasserqualität: Stark verschmutzt, ungenügend (Fische teils tot)
- BuBa verliert gutes Eigen-Wasser an das DBS-Wassersystem (und deren Kunden)<sup>49</sup>
- Die Wasserforderungen der BuBa gegen die EZB steigen in astronomische Höhe
- Das DBS-Wasserbecken wird mit (gutem) Wasser der BuBa überflutet
- Die Rückflut von DBS-Wasser zur BuBa ersetzt sukzessive BuBa-Wasser
- Der Wasserhaushalt BuBa-DBS ist quantitativ per se ausgeglichen
- BuBa-DBS-Wasserqualität: vorläufig - noch - befriedigend (Fische gesund).

<sup>47</sup> Dies würde durchaus Sinn machen, wenn über T2 geregelt wäre, dass diese Art von NCB-Kredit kurzfristig und vollständig unter den NCBs zurückbezahlt/ausgeglichen werden müsste (was auch durch 100 %<sup>ige</sup> Sicherheiten ersetzt werden könnte). Aber dies ist (anders als in den USA) unglaublicher Weise nicht der Fall! TARGET-2, das als Inter-NCB-Kurzfrist-Verrechnungssystem geplant ist (mit der EZB als finaler Verrechnungsstelle), wird inzwischen von der EZB als Dauer-Billig-Kredit-Quelle missbraucht (im rechtlichen Sinne!).

<sup>48</sup> € 500.000.000.000: 82.000.000 = € 6.097,56 pro BRD-Einwohner (Kinder und Greise eingeschlossen). Man kann damit auch eine Autobahn 1 ½-mal um die Erde bauen.

<sup>49</sup> Prof. H.-W. Sinn und Prof. T. Wollmershäuser führen dazu aus (Ifo Working Paper No 105, Seite 12), bei BoG würde durch die T2-Operation Geld vernichtet und bei BuBa neues Geld geschöpft (sekundäre Geldschöpfung). Dem wird hier nicht zugestimmt. Der Verfasser geht davon aus, dass in diesem Fall originäres Wasser weder vernichtet noch geschöpft wird, sondern sich ständig in den beiden T2-Kreisläufen (a) BoG-GrB-BoG und (b) BuBa-DBS-BuBa bewegt und dabei der Eigentümergehalt stattfindet. Nur so lässt sich auch die T2-Ersatzverpflichtung/-forderung gegen die EZB erklären, die bei Geldschöpfung/Geldvernichtung keinen Sinn macht.

Welche Schlussfolgerungen können aus diesem Zustand gezogen werden, wenn sich gleichartige Vorgänge vielfach wiederholen?

(a) Für Griechenland

- Das BoG Wasser ist weitgehend wertlos, da verschmutzt (Fische sterben).
- Die BoG spült dies verschmutzte Wasser in einer T-2-Kreislaufbewegung ununterbrochen in das GrB-System zurück. GrB wird komplett Wasser-Schuldner der BoG (*entsprechend umgekehrt im DBS-System!*) **und zusätzlich:**
- GrB-Becken benötigt permanent Ersatz wegen der „üblichen“ Wasserverluste.
- Die Forderungen der EZB gegen BoG sind praktisch wertlos, da im griechischen Wassersystem nur noch Schmutzwasser in stetig wachsender Konzentration vorhanden ist. Die Fische im System sind wertlos, da tot oder ungenießbar.

Es ist davon auszugehen, dass der griechische Staat seit dem betrügerischen<sup>50</sup> Beitritt zur Währungsunion im Jahr 2001 überhaupt keine Schulden zurückgeführt, sondern die Kredite<sup>51</sup> samt Zinsen stets nur umgeschuldet hat.<sup>52</sup> Aus der Gesamthöhe der Kredite (€ 352 Mrd.) lassen sich die jährlichen Wasserverluste für die Jahre 2001 – 2011 errechnen und für 2012 hochrechnen (ca. € 30 Mrd. - € 40 Mrd.).

Die zukünftigen laufenden Verluste (= Neu-Schulden) werden aufgrund gestiegener Zinsbelastung noch höher sein, da Alt-Schuldrückführung bei sinkender Wirtschaftsleistung unmöglich ist. Meldet Griechenland nicht Staatsbankrott an und entledigt sich so komplett seiner Alt-Schulden (was zweifelsfrei für die griechische *Bevölkerung* – aber nicht das politische Regime und die Finanzoligarchie - das Beste wäre), ergibt sich damit die Notwendigkeit, in das weiter verrottende Wassersystem noch größere Mengen Wasser zuzuführen (was sich auch bei Alt-Schulden-Schnitt auf 120 % nicht ändern wird!). Dies ist nur über zusätzliche Kredite möglich. Sicherheiten kann Griechenland nicht mehr bieten (die EZB verlangt geeignete Sicherheiten auch nicht mehr) weshalb die Kreditgelder Geschenken gleichen und von der BoG und der EZB sowie anderen Rettungstöpfen als zusätzliche Geldmengen aus dem Nichts geschaffen werden. Die Ausweitung der Geldmenge ohne geeignete Sicherheit ist – dies wurde ausgeführt - Inflation. Mit inflationiertem Geld kann nur entsprechend verschmutztes Wasser eingekauft werden. Dieses wird dem GrB-Wassersystem fortlaufend über die EZB, die GoB und sonstige Rettungstöpfen bereitgestellt. Es beginnt von Griechenland aus seinen verhängnisvollen natürlichen Fluss durch die ganze Euro-Wasser-Union.

Man kann es auf den Nenner bringen: Mehr Kredit, mehr Schmutzwasser, mehr Systemverseuchung. Das der Wahrnehmung innewohnende Trägheitsmoment lässt die Menschen die längst überdurchschnittlich eingetretene Inflationierung = Verschlechterung des Wassers/

<sup>50</sup> „Beitrittsbetrug: Griechenland kommt ohne Schaden davon“, *Manager Magazin*, 15. November 2004

<sup>51</sup> „Wer beim Griechen-Bankrott bluten muss“, *Spiegel Online*, 13.01.2012

<sup>52</sup> Mit gewisser Vorsicht lässt sich folgende Aussage treffen: Die Summe der griechischen Wasserkredite/-schulden zzgl. vereinbartem Zinsen entspricht den Wasserverlusten im Zeitraum 2001 – 2011. Dies sind:  
 + die bei Eintritt 2001 offen eingebrachten Wasserschulden  
 + die bei Eintritt seit zumindest 1997 versteckt vorhandenen Wasserschulden  
 + die Wasserverluste seit Betriebsbeginn 2001- 31.12.2011  
 + der aktuelle Wasserbedarf 2012  
 + die aktuellen Jahreszinsen 2011/2012 auf alle offenen Wasserkredite 2001-2012  
 = Gesamtwasserschulden (gesamt 2011 ca. € 352 Mrd.).

Geldes erst mit erheblicher Zeitverzögerung spüren. Die geschilderten Wasser-/Kapitalflucht-bewegungen sind ein Indikator für erste Wahrnehmungstendenzen. Die einsetzenden Straßenproteste sind Zeichen dafür, dass die Massen die Inflation zu spüren beginnen. Das war bislang nicht der Fall, da in der Vergangenheit die bereits laufende massive Inflation durch noch massivere Lohnsteigerungen überkompensiert wurde. Dies Stadium der Lohnsteigerungen ist nun vorbei. Portugal, Spanien und Italien werden mit entsprechenden Straßenprotesten folgen.

(b) Für Deutschland

Das BuBa-Wasserreservoir wurde mit 1.000m<sup>3</sup> definiert. Wie oben aufgezeigt, wird bei den T2-Operationen das BuBa-Wasser 1:1 durch DBS-Wasser verdrängt (in Wirklichkeit: Bei Wasser vermischt, bei Geld verdrängt. Verdrängung erfolgt also schneller). Vereinfacht ausgedrückt: Die BuBa ist nicht mehr Herr im eigenen Haus. Die Handlungsfähigkeit der Bank dürfte nach Verdrängung von 70 % - 80 % des BuBa-Wassers verloren gehen.

Folge: Nur solange die T2-Operationen das Eigenwasser der BuBa in DBS-Wassereinlagen im BuBa-Reservoir *verwandeln können*, liegt es im Vorteil des DBS den Vorgang laufen zulassen, denn er führt zur völlig kostenfreien Übernahme des kompletten BuBa-Wassers durch das DBS und dessen Kunden. Am Ende dieses Prozesses ist die BuBa nur noch Anhängsel des DBS. Sind aber alle Wasserreserven der BuBa verdrängt, befindet sich in deren Becken nur noch fremdes Wasser des DBS. Am Ende bestünde der einzige Vermögenswert der BuBa aus einem Zettel der EZB auf dem steht: „iou ...ecb“.

Im Hinblick auf zukünftige T2-Operationen (ab ca. Dezember 2011/Januar 2012)<sup>53</sup> ändert sich das Geschehen damit dramatisch:

Unterstellt den Fall, alles BuBa-Wasser wurde zu 100 % durch DBS-Wasser ersetzt. BuBa bleibt als leere Hülle Teil des TARGET-2-Systems bestehen, während alle Assets dem DBS bzw. dessen Kunden gehören. Nun trifft ein neuer T2-Auftrag von Gyros ein, weitere 100 m<sup>3</sup> in das DBS-Becken zu pumpen. Dies geschieht und das Ergebnis sieht wie folgt aus:

1. Aus dem BuBa-Becken werden 100 m<sup>3</sup> Wasser, die alleine dem DBS gehören (!), in das DBS-Becken gepumpt.
2. Im DBS-Becken werden nun aus 100 m<sup>3</sup> DBS-Wasser 100 m<sup>3</sup> Gyros-Wasser (Eigentümergebiet).
3. Die Wasserspiegel in den Becken DBS-BuBa gleichen sich wieder aus.
4. Der DBS-Wasseranteil hat sich um 100 m<sup>3</sup> verringert, der von Gyros um 100 m<sup>3</sup> erhöht.
5. Die BuBa erhält über Target-2-Verrechnung (s.o.) eine Forderung gegen die EZB i.H.v. 100 m<sup>3</sup> zugewiesen.
6. Da die Abgabe der 100 m<sup>3</sup> an Gyros zwar originär aus dem BuBa-Becken erfolgte, aber aus Wasserbeständen des DBS, steht die Ausgleichsforderung gegen die EZB dem DBS zu und wird deshalb von der BuBa formell auf das DBS übertragen.
7. Ergebnis: Das DBS hat aus eigenem Wasserbestand an Gyros 100 m<sup>3</sup> Wasser übergeben und erhält als Gegenleistung eine (weitgehend wertlose) Forderung gegen die EZB zugewiesen (finanziert also die EZB!).

<sup>53</sup> Wir betrachten die unerklärliche, weil real kaum mögliche, Absenkung der TARGET-2-Forderungen im Dezember 2011 um € 31.538 Mio instinktiv als Alarmsignal, zumal sonderbarerweise die Auslandverbindlichkeiten um € 33.040 Mio gestiegen sind.

Dass dies ein unsinniges Ergebnis ist, liegt auf der Hand: Es würde nach dem schon vorher erfolgten „Komplett-Austausch“ des BuBa-Wassers nun den „Kompletttausch“ des DBS-Wassers zugunsten von Gyros und seiner Freunde bedeuten (würde T2 unbehindert weiterlaufen). Dieser Fall wird jedoch nicht eintreten: Geschäftsbanken sind ihren Aktionären verpflichtet und nicht den hohen Zielen der BuBa bzw. der EZB (oder gar denen der BRD-Regierungsparteien). Sie werden – anders als die BuBa – keinen Austausch ihrer wertvollen eigenen Wasserbestände gegen wertlose Schuldscheine der EZB zulassen.<sup>54</sup> Damit dies ausgeschlossen ist, müssen alle Beteiligten rechtzeitig handeln.<sup>55</sup>

Wenn der BuBa-eigene Wasserbestand in ihrem Becken um 70 % - 80 % gefallen ist (und die BuBa in eben diesem Umfang faktisch in die Hände des DBS gefallen ist), hat die BuBa die „Todeszone“<sup>56</sup> erreicht und das Risiko des DBS, dass über TARGET-2-Operationen DBS-eigenes Wasser gefährdet wird, steigt exponentiell. Das DBS wird (gleich ob dies rechtlich vorgesehen oder erlaubt ist) die BuBa zwingen, ihre Internetverbindung zum TARGET-System zu kappen oder wird seinerseits sämtliche gefährdeten (eingefüllten) Wasservorräte/Gelder aus dem BuBa-Bassin abpumpen. Verbleiben danach 200 m<sup>3</sup> Wasser im BuBa-Bassin sind diese nach zwei weiteren Aufträgen von Gyros verbraucht.

Danach wird die BuBa – will sie die exorbitanten TARGET-2-Operationen fortsetzen – Kredite auf dem freien Markt kaum noch oder nur zu sehr schlechten Zinskonditionen erhalten: Das Risiko wird für die Kreditgeber zu hoch sein. Sie kann evtl. noch eigene Anleihen begeben oder direkt Geld drucken, womit sie sich dann auf das gleiche Niveau begeben würde, auf dem sich Griechenland und die EZB heute längst befindet. Das Ergebnis wäre: *ungezügelter Inflation!*

**Januar 2012: € \*\*\* Mrd.?**

Es lässt sich hierzu folgendes Zwischenergebnis festhalten:

Die Forderungen der BuBa gegen die EZB sind kein Ersatz für die fallenden Wasserreserven der BuBa (sie sind Papier und nicht Wasser!) Bei einem Abschmelzen der eigenen Wasserreserven der BuBa auf 30 % (wenn also die Aktivseite der BuBa 70 % „Forderungen“ gegen die EZB ausweist) führen weitere TARGET-2-Operationen an die rote Linie, bei deren Überschreiten die Gefährdungslage der BuBa exponentiell steigt und der Weg in den Untergang vorgezeichnet ist. Dieser Punkt wurde möglicherweise schon überschritten.<sup>57</sup> Gelddruckorgien (ESM) können dann kurzfristig für Entlastung sorgen, heizen aber die Inflation an. So wird zwar der Eintritt des Unglücks verschoben, dieses aber gleichzeitig in Potenz verstärkt. Es gibt kein Ende des Schreckens mehr, sondern nur noch Schrecken ohne Ende.

<sup>54</sup> Die gesamte Problematik wurde zwar bis 2010 nicht wahrgenommen, ist aber seit zumindest 1998 bekannt: Garber, a.a.O. Seite 200 -202

<sup>55</sup> Und so wundert auch nicht, dass der ESM von 2013 auf 2012 vorgezogen und eiligst durchgedrückt wird.

<sup>56</sup> „Todeszone“: Der Taucher darf im Hinblick auf Tauchzeit und Sauerstoffmenge ohne Todesgefahr eine bestimmte Wassertiefe nicht überschreiten. Für den Fallschirmspringer gibt es die Mindesthöhe, in der sich der (Rettungs-) Fallschirm (möglicherweise) noch öffnen kann.

<sup>57</sup> Tornell, Westermann, a.a.O., Figure 2. Nach der dort wiedergegebenen Bilanz (Assets) stehen der BuBa im Oktober 2011 neben Gold (132) und T2-Forderungen (496) nur noch (145) Milliarden zur Verfügung. Zum Vergleich: 2006 (bei halber Bilanzsumme!) (294) Milliarden: ¼-tel (75 %) der Bewegungsmasse ging verloren.

## **(6) Das politische Schmutzwasserproblem - Die Verbündeten**

### **(a) Die Retter**

Deutschland hat ca. 82 Millionen Einwohner, die von Parteien regiert werden. Deren Mitgliederzahl beläuft sich auf rund 1.4 Millionen. Die Einnahmen der Parteien betragen knapp Euro 500 Millionen.<sup>58</sup> Die jeweiligen Parteispitzen sind in der deutschen Politik und in verschiedenen europäischen Institutionen „vollversorgt“. Gleiches gilt in den übrigen europäischen Ländern. Im Rahmen der Parteivorgaben regiert deren Führungspersonal den Staat (die Partei ist die Familie, die Familie ist die Partei). Es gilt: Ohne Partei kein Amt, ohne Amt keine Macht.

Diese Macht der Parteien und ihrer Amtsträger wäre (bzw. ist) umfassend gefährdet, wenn die von den Parteien selbst aufgebaute Euro-Union zusammenbrechen sollte. Dies würde die gravierenden politischen Fehler und Verantwortlichkeiten der Parteien und der Regierenden bei Einrichtung, Führung, Kontrolle und Betrieb der Euro-Union grell beleuchten (siehe oben Nr. 3). Es wäre das Ende der jetzt regierenden Parteien (und der mitverantwortlichen Opposition). Damit decken sich die Interessen der seit langem finanziell existenzbedrohten Banken und CDS-Garantiegeber mit denen der politischen Führungsspitze der großen europäischen Parteien. Diese sind aus purem Eigennutz schärfstens daran interessiert, den Zusammenbruch der Euro-Union in jedem Fall zu verhindern. Dies ist aus ihrer Interessenslage in der Tat eine alternativlose Strategie. Dennoch wird diese auf Sicht (nach unserer Meinung) an der rauen Macht der wirtschaftlichen Realitäten zerbrechen.

### **(b) Rettungswege ohne Alternative?**

Die Gefahr für Banken und Politiker scheint gebannt, wenn die akuten o.g. Risiken möglichst unauffällig und schnell auf die Bürger übertragen werden, denn diese sind allein noch zahlungsfähig. Dafür ist es nötig diese zu blenden, damit sie glauben, es werde ihre eigene Sache verfolgt.<sup>59</sup> Ist die Täuschung gelungen, wird sich die finanzielle Schlinge zuziehen. Die Bürger werden dann aus ureigenem Interesse für den Erhalt des Systems kämpfen, um nicht selbst aus unübersehbaren Garantien zu haften, die ihnen die eigene Regierung fein verpackt aufgeladen hat. Doch muss das Volk auf diesen Weg gedrängt werden und dazu sind Schreckensvisionen bekanntermaßen immer hilfreich: Der Zusammenbruch der Euro-Union werde den Export Deutschlands einbrechen lassen, mit Inflation/Deflation werde jahrzehntelanger Niedergang folgen; auch müsse mit schwerwiegenden inneren und äußeren Auseinandersetzungen bis hin zum Krieg gerechnet werden. Ohne die Euro-Union werde Europa schlichtweg untergehen, usw. Zur Abwendung solch grauenhafter Schrecken sei nun dringlich die - möglichst unbegrenzte - finanzielle „Feuerkraft“ (?) eines ESM, die Gestaltung einer Fiskalunion<sup>60</sup> und die Stärkung der EZB notwendig – unter sachkundiger Unterstützung und

<sup>58</sup> Wikipedia, Parteienfinanzierung

<sup>59</sup> „Mit der fremden Angelegenheit auftreten, um mit der seinigen abzuziehen.“, Baltasar Gracian, (1601 – 1658), Kunst der Weltklugheit, Thesen 144, s.a. 149, 193, 215 [in der Übersetzung von Schopenhauer, 1832]; s.a. www.handorakel.de

<sup>60</sup> Wikipedia, Fiskalunion: „Beim Brüsseler Gipfel zur Lösung der Staatsschuldenkrise im Euroraum („Rettung des Euro“) beschlossen in der Nacht zum 9. Dezember 2011 die 17 Euro-Länder und neun weitere EU-Staaten, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) zu einer Fiskalunion auszubauen, die unter anderem eine Schuldenbremse sowie automatische Sanktionen für „Haushaltsstünder“ vorsieht.<sup>[1]</sup> Großbritannien will als einziges EU-Mitglied nicht der Fiskalunion beitreten. Großbritannien nimmt innerhalb der EWU eine Sonderrolle ein, da es zusammen mit Dänemark 1992 im Vertrag von Maastricht eine Ausnahmeregelung („Opt-out“) vereinbart hat, die es von der Verpflichtung, den Euro einzuführen, befreit.“



Führung der bewährten Regierung und des IWF -,<sup>61</sup> die behauptlich alles tun, um vom Volk Schaden abzuhalten.<sup>62</sup> So wechseln sich teils lächerliche, teils erlogene Begründungen und Warnungen vor dem apokalyptischen Untergang Europas ab (als hätte vor dem Euro kein friedliches Europa existiert!).

Ein Staat ist eine Art Firma: Die Regierung ist Vorstand, die Bürger sind Aktionäre. Salopp ausgedrückt gilt dabei: Baut die Regierung Mist, fliegt sie entweder raus oder es gelingt ihr, den Vorgang zu vertuschen - was vorliegend der Fall ist: Die Euro-Union ist der an der Unfähigkeit der Regierenden gescheiterte Versuch, einen europäischen Länder-Wirtschafts-Welt-Konzern als Gegengewicht zu den Blöcken USA, China, Japan und Russland zu formen. Mit der geplanten Fiskal-Union (finanziert und damit kontrolliert von einem über den Wolken fliegenden, unantastbaren ESM) wird nun die Flucht nach vorne angetreten. In diesem neuen Europakonzept mutieren die europäischen Mitgliedsländer zu bloßen Abteilungen<sup>63</sup> mit rudimentärer Buchhaltung und Kasse. Die Konzernbuchhaltung läuft über die EZB, Zentralbanken wie die Bundesbank sind ihre Außenstellen.

Für vernünftige Leute ist es völlig ungewöhnlich und unsinnig, diejenigen, die eine Firma über ein Jahrzehnt durch Unfähigkeit und Eigennutz ruiniert haben, mit deren „Rettung“ zu beauftragen. In der Politik läuft es anders: Überwiegend ist es bislang den nationalen Regierungen gelungen, ihre ureigene Schuld an dem Euro-Desaster irgendwie zu vertuschen und damit (vorläufig) ihren Kopf zu retten. Dies wiederum ist verhängnisvoll, perpetuiert das Problem und verbaut vernünftige Regelungen. Die „Flucht nach vorne“-Strategie ist Teil der fehlerhaften Entwicklung und somit wird die Schuldenumwälzung auf die Bürger fortgeführt, koste es was es wolle, gleich ob politisch und kaufmännisch vernünftig oder nicht.

Da die Euro-Union in ihrer Gesamtheit seit über zwei Jahren permanent am Rande des finanziellen Abgrundes entlangtaumelt, ist, wie in solchen Situationen üblich, kein Geld vorhanden und deshalb langt nun der Vorstand/die Regierung (mehr oder weniger heimlich) immer tiefer in die Taschen der von ihr getäuschten Aktionäre/ Bürger, um dort das Geld für die (vorläufige) Weiterfinanzierung des Konzerns - und damit vor allem ihrer Vorstandsposten - rigoros herauszuziehen. Dies aber nicht direkt und gleich, sondern auf raffinierten Umwegen - eben über Rettungsschirme, Garantieverprechen und Darlehensvergaben an Banken (nicht an Länder!). Gewissermaßen legt die Regierung die Bombe nicht ins Wohnzimmer, sondern, versehen mit langer Zündschnur und vierfacher Ladung, in den Keller. Für jeden der noch denken kann, ist die zweite Variante entschieden gefährlicher. Sie wird die deutschen Bürger (*und deren Kinder und Kindeskinder!*) in mehrfach grausamer Weise treffen.

Denn anders als die Aktionäre einer Firma haften für die Garantieverprechen und Schulden der deutschen Regierung die Bürger praktisch unbegrenzt, eine Vorstellung, die in den Köpfen der Deutschen im Jahre 2012 als reale Wahrscheinlichkeit noch nicht angekommen ist bzw. ausgeblendet wird. Denn setzt sich diese Entwicklung von T2 über ESM und dessen Aufstockung wie in den vergangenen 3 Jahren fort, ruiniert sie nicht nur den Staat, sondern auch die Masse der Bürger. Eurobonds sind längst eingeführt: Die über TARGET bei der

<sup>61</sup> Die Fiskalunion der Regierenden soll also den von den Regierenden konsequent nicht eingehaltenen Vertrag von Maastricht „nachbessern“. Das heißt, der Maastricht Vertrag ist selber schuld an seiner Nichteinhaltung.

<sup>62</sup> „Lauf doch hin zu gewissen launenhaften Politikern, die gerne auf riskante Neuerungen aus sind, zu Listen und Kniffen greifen, die aber schlecht durchdacht sind und daher nur Verwirrung stiften, nicht nur nichts Neues erwerben oder das Alte bewahren, sondern das Bestehende verspielen, eine Welt zugrunde richten, ja deren zwei, alles Verderben und SCHIMÄRE.“ *Baltasar Gracian, Das Kritikon*, Seite 652, Ammann Verlag (2001).

<sup>63</sup> einer von einem Gouverneursrat über ein Direktorium geleiteten Zentralregierung, die von den Bürgern Europas vorab und ungeprüft mit einem Blankoscheck über (vorläufig) € 500 Milliarden alimentiert werden soll.

Bundesbank herausgezogenen Geldmittel von € 500 Milliarden entsprechen exakt Eurobonds und auch die Haftung ist die gleiche. Deutschland hat diese Zeche praktisch bereits alleine bezahlt – das Geld ist schon abgebucht – nur die Rechnung fehlt noch. Und weil gerade diese € 500 Milliarden weg sind, werden jetzt weitere € 500 Milliarden (mindestens!) benötigt, wobei eigentlich € 750 Milliarden – € 1.000 Milliarden (1 Billion) fehlen. Mit dem ESM kann dann kurzfristig die unbegrenzte Aufstockung „organisiert“ werden.

### ***(7) Interferenzen: Die zweite Welle: Systemische Verteilung von Schmutzwasser***

Oben wurde dargelegt, dass TARGET-2 auf die Wasser-(Währungs)-Union wie ein systemimmanenter Selbstzerstörungsmechanismus wirkt. Wird dieser Mechanismus zu spät abgeschaltet, ist die Bundesbank im Kern unumkehrbar zerstört und gleiches gilt bei Einführung des ESM.<sup>64</sup>

In den obigen Ausführungen wurde jedoch ein wichtiger paralleler Entwicklungsprozess zunächst aus den Augen verloren, der schon für sich alleine genommen geeignet ist, die Euro-Union zu zerstören – unabhängig von T2! Die von TARGET-2 völlig losgelöste Schmutzwasser-Inflation auf Grund der von Anfang an und bis heute undichten GIIPSF-Becken:

Diese zusätzliche Wasserflut trifft nun auf die durch TARGET-2 ausgelösten Wasserbewegungen, die oben beschrieben wurden. Es überschneiden sich hier zwei Wasserwellen unterschiedlichen Ursprungs und bilden eine Interferenz (Wasserflut), die die gesteigerte Tendenz hat alles zu verseuchen, was im System noch irgendwie von Wert ist: Nämlich das deutsche<sup>65</sup> Wassersystem.

Unter (5) B – C wurde dargelegt, dass die gesamten nationalen Geld/Wassersysteme der GIIPSF-Länder per se undicht sind. Die dort seit Jahren herrschende Misswirtschaft verursachte (unabhängig von T2) in steigender Tendenz riesige Wasserverluste, die durch den natürlichen Zufluss in das Gesamtsystem (aus Quelle Q) nicht im Geringsten (auch nicht anteilig) ausgeglichen werden konnten. Regulärer Zufluss und fehlgeleiteter Verbrauch (= allgemeine „Misswirtschaft“) differierten in krassester Weise.<sup>66</sup> Die virulenten Schulden von Griechenland in Höhe von (2011) € 352 Milliarden (Land Bayern: € 30 Milliarden), bei einer Einwohnerzahl von 10,8 Mio. (Bayern 12,6 Mio.) und einem Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner von € 20.000 (Bayern € 32.000) zeigen von selbst, um was es geht. Das in Griechenland verschwendete Wasser wurde über alle Jahre zugekauft und die offenen Rechnungen türmten sich über Jahre zu einem Schuldenberg, der selbst die Götter auf dem Olymp erschauern lässt. Es wurde niemals getilgt, sondern eben die gesamte alte Schuld durch ständige neue (höhere) Kredite – auch für weitere Wasserlieferungen – zu ungünstigeren Preisen und höheren Zinsen umgeschuldet. Dies permanente Um- und Aufschulden (Anschreiben lassen) fand mit der Wirtschaftskrise 2007 sein Ende: die WSS wollten ihr Geld zurück und höhere Zinsen für offene Rechnungen. Griechenland war (und ist) praktisch bankrott und kann nicht mehr bezahlen. In Folge sank der Wert der Sicherheiten aufgrund des Ausfallrisikos. Andererseits wurde dringend immer neues Wasser für das löcherige System gebraucht. Doch seit 2007 ist die kaufmännische Vernunft bei den Gläubigern zurückgekehrt.

<sup>64</sup> einer von einem Gouverneursrat über ein Direktorium geleiteten Zentralregierung (die die Bürger Europas vorab mit einem Anfangskapital von € 500 Milliarden ausstatten sollen)

<sup>65</sup> und auch das niederländische, finnische und luxemburgische

<sup>66</sup> Gleichgültig ob im Staatshaushalt oder der Privatwirtschaft (etwa in Spanien)

Es gilt neuerdings:

- Nur für gute Sicherheiten gibt es gutes Geld.
- Nur für gutes Geld gibt es gutes Wasser.
- Ohne Geld gibt es kein Wasser.
- Für schlechte Sicherheiten gibt es schlechtes Geld.
- Für schlechtes Geld gibt es nur schlechtes Wasser.
- Geldvermehrung mit schlechten Sicherheiten erzeugt schlechtes Geld
- schlechtes Geld = Inflation (siehe Fn. 7)

Es gibt zwar gute Erklärungen der Inflation,<sup>67</sup> aber gute Inflation selbst gibt es nicht. Sie ist die betrügerische Schwester der strengen Steuererhöhung und deshalb bei den meisten Regierungen so beliebt. Generell kann folgende Regel aufgestellt werden: Eine schnell steigende Geldmenge (noch dazu bei fallenden Sicherheiten!)<sup>68</sup> erzeugt zwangsläufig Inflation, selbst wenn die Sicherheiten und Zusatzgelder zur Finanzierung der bisherigen und weiteren Wasserversorgung (samt steigender Zinsen!) zunächst nur überwiegend zwischen der EZB, der BoG und dem GrB-System hin und her zirkulieren.

Das aus der Inflation herrührende verschmutzte Geld lässt sich – ohne Grenzschiebung und Währungsänderung – nicht von unverschmutztem Geld trennen. Bei jedem normalen Warenaustausch zwischen Griechenland und Deutschland, der nicht über T2 abgewickelt wird und einen Geldfluss nach Deutschland auslöst, gelangt Schmutzwasser in das saubere deutsche Wassersystem. Jede Erstattung einer T2-Forderung durch die EZB an die BuBa befördert inflationiertes Schmutzwasser nach Deutschland. Denn da die EZB inzwischen ausschließlich über Schmutzwasser verfügt, wird auch diese „Zahlung“ einem Danaergeschenk gleichen und deutsches Wasser zusätzlich verseuchen. Selbst jede T2-Tages-Verrechnungsoperation zwischen der BuBa und der BoG<sup>69</sup> spült inflationiertes Geld nach Deutschland, denn gutes deutsches Geld wird mit inflationiertem griechischem Geld verrechnet und damit entwertet. Dazu kommt die indirekte Inflation aus Lieferung von Waren, die mit inflationiertem Geld hergestellt wurden. Ferner ist nicht auszuschließen, dass auch über Rettungsmaßnahmen gegenüber deutschen Banken (gegen ebenso minderwertige „Sicherheiten“) das deutsche Wassersystem direkt und weit massiver als von der Peripherie her verseucht wird. Es lässt sich schlichtweg nicht verhindern, dass die riesige Menge inflationierten Schmutzwassers auf vielerlei Wegen die gesamte Wasser-Union verseucht, vor allem eben auch die deutschen Becken. Da die Euro-Union von ihrer Konzeption her ein offenes System ist, ergibt sich dies zwangsläufig. Es wird im Ergebnis vom EZB-Bassin über die Z-Pumpe und die Zisterne fortlaufend in unbekannter Höhe inflationiertes Schmutzwasser in das BuBa-Becken gepumpt. Jeden Tag! Insbesondere wird es nie so sein, dass alle aus den diversen Rettungsmaßnahmen herrührenden Gelder ausnahmslos für alte und neue Wasserrechnungen (gedruckt und) verbraucht werden. Derartigen Betrug werden sich die Lieferanten nicht gefallen lassen. So wird zunächst ein unauffälliges Einsickern der Inflation in den normalen Wirtschaftskreislauf stattfinden und dort zu wirken beginnen, bevor die Inflation vom Bürger überhaupt entdeckt ist. Man kann es gut beobachten: Ohne massive Zufuhr inflationierten Geldes wäre die griechische Wirtschaft wegen Ausfalls der notwendigen Kreditversorgung über den offenen Geldmarkt ohnehin schon längst kollabiert. Jetzt, wo in Griechenland (mit bislang wenig Erfolg)<sup>70</sup> die Zügel angezogen werden, zeigt die Inflation sofort ihr hässliches Gesicht. Der griechische Spiegel zeigt, was in Deutschland zu erwarten ist. Auch zeigt das Beispiel

<sup>67</sup> Ludwig von Mises, „Vom Wert der besseren Ideen“, Seiten 81 ff., Vorlesung über Inflation, 1958, Olzog Verlag (2008)

<sup>68</sup> Nach Bundesbank BBB-Sicherheiten ausreichend: [www.bundesbank.de/gm/gm\\_sicherheiten.php](http://www.bundesbank.de/gm/gm_sicherheiten.php)

<sup>69</sup> Siehe oben, J, „Der Mechanismus“

<sup>70</sup> Siehe diverse aktuelle Berichte [www.Griechenland.blog](http://www.Griechenland.blog)

Griechenland, wie unsinnig es ist, gutes Geld dem schlechten hinterherzuwerfen und dadurch die Inflation noch mehr anzuheizen.

All dies bedeutet: Die mangelhaft bzw. mit höchst fragwürdigen Garantien der deutschen Bürger (nicht des Staates!) oder überhaupt nicht mehr besicherten<sup>71</sup> Rettungsaktionen der Eurokraten

- wie immer diese heißen und welches Gewand sie tragen: EZB Käufe von Staatsanleihen, EZB-500-Mrd.-Tender, EZB Notleihe, ESFS-Gelder, BoG-Geldschöpfung, ESM-Gelder, zukünftige Eurobonds usw., usw. –

produzieren ausnahmslos schlechtes, inflationiertes Geld. Damit kann – wie ausgeführt - nur schlechtes Wasser gekauft werden. Hauptgründe der Systemverschmutzung bleiben (a) die offenen, aufgezinster und kumulierten Gr-Wasserrechnungen (Schuldanhäufungen) von über 10 Jahren und (b) der nach wie vor bestehende Verrottungszustand des griechischen Wassersystems, das immer zumindest so viel Zusatz-Neukredite/Zufuhr von inflationiertem Geld erfordert, wie Wasser verloren geht. Schließlich ist – (c) wie bei solch unübersichtlichen Vorgängen üblich (man denke nur an diverse Treuhandabwicklungen)<sup>72</sup> - davon auszugehen, dass gewisse Teile der diversen „Rettungsmaßnahmen“ inzwischen einen halblegalen bzw. illegalen (oder evtl. sogar kriminellen) Charakter angenommen haben und dadurch monatlich weitere Milliardenbeträge in unbekannter Höhe verschwinden bzw. innerhalb der weltweiten Finanzoligarchie aufgeteilt werden. Der geplante Griechenland Schuldenschnitt reduziert nur einen Teil von Problem (a). Das Problem selbst bleibt ungelöst.

Es besteht auch nicht ein vorwiegendes Problem der verschuldeten Staatshaushalte, sondern erstrangig eines der schmutzigen Finanzierungsmethoden, die die schon grundsätzlich bestehenden wirtschaftlichen und produktiven Ungleichgewichte der Eurozone verstärkt haben. Aus diesen folgen nun die völlig untragbaren Leistungsbilanzdefizite innerhalb der Eurozone. Es ist nicht möglich, diese strukturellen Probleme mit dem Problem zu bekämpfen, das sie überhaupt erst ausgelöst hat: Mit Geld.

Inzwischen haben sich die über TARGET aus den starken Zentralbanken herausziehbaren Mittel (in Deutschland € 500 Milliarden) schneller erschöpft als erwartet. Es fehlt schon wieder viel Geld. Jetzt müsste eigentlich das Gold der Deutschen dran glauben. Und weil das nun aus verschiedenen Gründen etwas schwierig ist,<sup>73</sup> wird nun der ESM mit brachialer Gewalt von 2013 ins Frühjahr 2012 vorgezogen, um daraus weitere finanzielle Manövriermasse von (zunächst) € 500 Milliarden – auf Kosten und Garantie der Bürger – zu gewinnen. Der nun geplante ESM – ein einfältiges, durchsichtiges Machwerk mit klar diktatorischer Ausgestaltung<sup>74</sup> - soll gewissermaßen als Bassin alle wirtschaftlichen Probleme Europas auffangen: Das wird ebenso wenig gelingen, wie ein Versuch, den Mond mit Pfeil und Bogen vom Himmel zu schießen: Die Eurozone ist im derzeitigen Zustand ein Sieb – das Geld wird

<sup>71</sup> Die EZB reicht inzwischen Kredite auch dann aus, wenn diese nur durch Staatsanleihen der de facto bankrotten Peripherieländer „besichert“ werden, also unbesichert sind. Dadurch wird den Kreditnehmern zusätzlich ermöglicht den Spread zwischen Staatsanleihe und EZB-Kredit risikolos einzustreichen. Mit dem Kredit können dann weitere Staatsanleihen gekauft und zur „Absicherung“ des nächsten Kredites hinterlegt werden usw. – gewissermaßen ein finanzielles perpetuum mobile bzw. ein Schneeballsystem! Ziel: Erhaltung der „Preisniveaustabilität“ à la EZB.

<sup>72</sup> Sket, Leuna, Vulkan, Aluhett und viele andere..

<sup>73</sup> Zumindest müsste das Gold da sein.

<sup>74</sup> „Der finale ESM-Vertrag – Ende von Demokratie und Parlamentsvorbehalt“, *Beatrix v. Storch* in [www.freiwelt.net](http://www.freiwelt.net), 26.01.2012; „Selbstermächtigung der Technokraten: der ESM-Vertrag beendet Recht und Demokratie in Europa“, *Peter Boehringer* in [www.goldseitenblog.com](http://www.goldseitenblog.com), 27.01.2012

wie Wasser erneut verschwinden<sup>75</sup> und für die deutschen Bürger wird der Schaden unendlich höher ausfallen als schon bisher geschehen.<sup>76</sup> Danach wird es viel Gelegenheit geben, aus Schaden klug zu werden.

Mit der bevorstehenden gigantischen Wasserverschmutzung = Inflation im deutschen Wasser- und Geldsystem von 10 % und mehr p.a., werden aber die deutschen Bürger schwerlich gerne leben wollen. Inflation wird hierzulande zu Recht als Verbrechen der Regierenden gegen ihre Bürger angesehen. All diese Vorgänge haben sich in ihrer Gesamtheit verselbständigt und können nur durch die Entkopplung und Grundsaniierung der Systeme gestoppt werden. Dies ist Aufgabe der jeweiligen nationalen Regierungen gemeinsam mit ihren eigenen Bürgern aber nicht der deutschen Bürger für ganz Europa! Den einzigen Rettungsschirm, so sieht es heute aus, den Europas Bürger wirklich brauchen, ist der gegen ihre eigenen Regierungen!

Geradezu absurd erscheint doch jedem klar denkenden Menschen die Vorstellung und Behauptung, man könne Wasserverschmutzung durch noch massivere Zufuhr von Schmutzwasser bekämpfen.<sup>77</sup> Solche Torheiten (Fiskalunion,<sup>78</sup> ESM und Eurobonds als würdige Nachfolger von TARGET) liegen nicht im Interesse der Bürger Deutschlands und nicht in dem der einfachen Bürger Griechenlands. Diesen ist mit einem schuldbefreienden Konkurs weit mehr gedient, als mit der Aufrechterhaltung und „Organisation“ der gegenwärtigen Zustände. Die Griechen (mit einer großen Geschichte und Kultur von 3000 Jahren) mögen nach ihren Verhältnissen leben und wir nach den unseren. Sie werden am besten wissen, was ihnen guttut und was nicht. Und für uns Deutsche ist es besser, wir kümmern uns endlich wieder um unsere eigenen Angelegenheiten und nicht um die der anderen. **Es ist doch eine unglaubliche Anmaßung, dass eine ferngesteuerte Eurokraten-Regierung den einzelnen Völkern in Europa zukünftig vorschreiben will, wie diese zu leben und zu arbeiten haben.** Dies wird erneut (völlig unnötige) Zwietracht zwischen den (heute befreundeten) europäischen Völkern sähen und schlimme Folgen zeitigen.<sup>79</sup> So ist es besser, die Griechen regeln ihr Chaos selbst und irgendwann, und davon sind wir überzeugt, wird ihnen das auch gelingen, als freien Menschen und Herren im eigenen Haus!

Ein Detail in dieser Krise scheint uns bemerkenswert: Im August 2011 hat Bundespräsident Christian Wulff sich zur Eurokrise wörtlich wie folgt geäußert: „Wir sehen tatsächlich weiter eine Entwicklung, die an ein Domino-Spiel erinnert: Erst haben Banken andere Banken gerettet, und dann haben Staaten Banken gerettet, dann rettet eine Staatengemeinschaft einzelne Staaten. Wer rettet aber am Ende die Retter? Wann werden aufgelaufene Defizite auf wen verteilt beziehungsweise von wem getragen?“ Die Rede war ketzerisch. Inzwischen steht der Bundespräsident (wegen behaupteter finanzieller und politischer Nichtigkeiten) unter starkem Beschuss der Mainstream-Presse. Als bald soll er – man kann wohl sagen: entgegen seiner öffentlich geäußerten Überzeugung<sup>80</sup> den völlig demokratiefeindlichen ESM über (im ersten Schritt nur!) € 700 Milliarden abzeichnen und wird damit Auftrags der Bundesregierung jedem Bürger, vom Kleinkind bis zum Greis (über die € 500 Milliarden TARGET-Verluste hinaus, s.o.) weitere Euro 8.000 Schulden bzw. Garantieverprechen aufladen, ob die

<sup>75</sup> Sinn, Wollmershäuser a.a.O., Seite 42

<sup>76</sup> Sinngemäß "Der ist nicht klug, der das verteidigt, was man ohnehin aufgeben muss." Nicolo Machiavelli (ca. 1520), in „Geschichte von Florenz“, 5. Buch, Seite 338, *Manesse Verlag 1986*.

<sup>77</sup> Also Inflation durch vermehrtes Geld drucken bekämpfen.

<sup>78</sup> Die dem „Hindenburgplan“ entspricht, siehe Ludwig von Mises, a.a.O., Seite 72.

<sup>79</sup> Siehe beispielsweise Focus: „Betrüger in der Euro Familie“, 20.02.2011 und die griechischen Reaktionen hierauf in [www.Griechenland.blog](http://www.Griechenland.blog). Zur Focus Titelseite nur eine Anmerkung: „Hokus pokus focus locus“

<sup>80</sup> Christian Wulff, Rede anlässlich der Tagung der Wirtschaftsnobelpreisträger in Lindau am 24.08.2011, [www.faz.net](http://www.faz.net) › Wirtschaft › Europas Schuldenkrise

Bürger dies nun merken, ignorieren, wollen oder nicht wollen.<sup>81</sup> Eines Tages wird hierfür schwer zu zahlen sein: Mit Steuern, Besitzaufgabe, Lohnsenkung Arbeitslosigkeit und, im schlimmsten Fall, mit bitterer Armut weiter Bevölkerungskreise. Und angesichts solcher Folgen sagen wir, dass es ausschließlich Sache der Gesamtheit der Bürger ist, über vertragliche Angelegenheiten in dieser Größenordnung zu entscheiden (Volksabstimmung) und Regierung und Parlament keinesfalls Vollmacht (oder gar Blankovollmacht) haben, dem einzelnen Bürger und dem Volk ESM-Garantien und ESM-Schulden in dieser Größenordnung aufzuerlegen. Ein anderes Verfahren als eine Volksabstimmung wäre illegal,<sup>82</sup> gleich ob vom Parlament beschlossen oder nicht!

### **(8) Zusammenfassung**

Die Euro-Krise hat ihre Ursprünge in einer grundsätzlich falschen Konstruktion des Euro-systems und der dort herrschenden Stimmverhältnisse. Das TARGET-System weist im innersten Kern katastrophale Fehler auf, die im Krisenfall zu widerrechtlichen Kreditziehungen der schwachen Länder zu Lasten und aus Kassen der starken Zentralbanken führen. Obschon bekannt, wurden diese Fehler von deutscher Seite nie beseitigt. Voraussetzung für den Euro- und T2-Krisenfall war die Verletzung der Euro-Stabilitätskriterien durch die beteiligten Länder und die EZB. Diese Kriterien wurden durch aktives Handeln der Europäischen Regierungen ab 1999 in massivster Weise fortlaufend verletzt. Damit wurde 2007 (selbstverschuldet) die unheilvolle Mechanik von TARGET ausgelöst. Diese kanalisiert und finanziert - auf Kosten der starken Zentralbanken - die Kapitalflucht aus schwachen in starke Euro-Länder, was das ganze System schädigt. Die diversen „Rettungsmaßnahmen“ beschleunigen diesen Prozess, da sie wie Schmutzwasser wirken, Inflation anheizen und weiteres Kapital in fremde, sichere Häfen vertreiben. Nur spekulatives Geld bleibt unter solchen Bedingungen in den schwachen Euroländern und setzt das Zerstörungswerk fort. Da die Eurozone die oben angeführten Fehler aufweist und diese mit den bekannten „Rettungsmaßnahmen“ nicht beseitigt wurden und auch mit weiteren Mitteln nicht beseitigt werden können, waren und sind alle Rettungsmaßnahmen umsonst und erfüllen nur einen Zweck: Sie machen vor allem die deutschen Bürger ärmer und die internationale Finanzoligarchie reicher und mächtiger.

*Ludwig von Mises* bemerkte zu solchen sinnlosen Experimenten zutreffend: „Durch Kunstgriffe der Bank- und Währungspolitik kann man nur vorübergehende Scheinbesserung erzielen, die dann zu umso schwererer Katastrophe führen muss. Denn der Schaden, der durch Anwendung solcher Mittel dem Volkswohlstand zugefügt wird, ist umso größer, je länger es gelungen ist, die Scheinblüte durch Schaffung zusätzlicher Kredite vorzutäuschen.“<sup>83</sup>

**Wenn der Bundesregierung und der Bundesbank die Zukunft der deutschen Bürger und deren Kinder und Kindeskinde gleichgültig ist, dann müssen sie so weitermachen wie bisher. Wenn nicht, dann sollten die Mitglieder des EZB-Rates, die in der jüngsten Vergangenheit besonders dreist in die Kasse der Bundesbank und damit in die der deutschen Bürger gelangt haben, schnellstens davon „überzeugt“ werden, ihre Stimmen auf die Bundesbank zu übertragen. Auch vor dem Hintergrund, dass die Bundesbank inzwischen der größte Einzelgläubiger der EZB sein dürfte, wäre es durchaus sinnvoll, die Bundesbank führte die EZB zukünftig – zusammen mit den anderen starken Zentralbanken – in eigener Regie, um Schlimmeres zu verhüten. Sollte dies kurzfristig nicht möglich sein (was wahr-**

<sup>81</sup> Die erwähnte „100-Euro-Schein-Mondscheife“ würde dann mindestens 2 x Erde und Mond umschlingen.

<sup>82</sup> Siehe auch BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009 und Rechtsprechung zu Art.110 GG (Finanzhoheit)

<sup>83</sup> Ludwig von Mises, „Die Gemeinwirtschaft – Untersuchung über den Sozialismus“, 2., umgearbeitete Aufl., Jena 1932, Seite 461 f.

scheinlich ist), können wir nur zum sofortigen Abschalten der TARGET-Verbindung raten, wie dies schon vor über einem Jahrzehnt als ultimative Lösung aufgezeigt wurde.<sup>84</sup> Es ist uns vollkommen bewusst: dies bedeutet das Ende des Euro mit allen Konsequenzen.<sup>85</sup> Danach ist Zahltag und die Deutschen werden einen hohen Preis zahlen müssen. Wenn es aber in bisheriger Weise weitergeht, dann wollen wir uns den Ausgang dieser „ultimativen Rettungskette“ nicht vorstellen. Insbesondere wollen wir nicht erleben, dass die Restvermögenswerte der Bundesbank (*die Notreserven des deutschen Volkes*) mitsamt der Bundesbank, deren Vorstand und Mitarbeitern untergehen, nur weil die Rettungsleine nicht rechtzeitig gezogen wurde. Und auf sakrosankte Führer, Gouverneure, Direktoren eines supranationalsozialen **ESM**, der auf völlig illegale Art und Weise durchgepeitscht werden soll und weiteren, ungeheuerlichen Schaden bei den deutschen Bürgern anrichten wird, verzichten wir gänzlich: Ein ähnlich überstürztes Experiment aus dem Jahr 1933 hat für Deutschland 1945 einen ziemlich schlechten Ausgang genommen.<sup>86</sup>

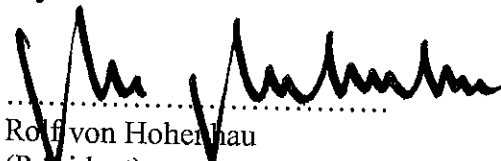
Alles in allem müssen wir - gerade als von ganzem Herzen überzeugte Europäer - inzwischen dem britischen Außenminister William Hague zustimmen, der am 28.09.2011 gegenüber dem Polit-Magazin *The Spectator* äußerte:

„Es war Wahnwitz, dieses System zu schaffen. Jahrhundertlang wird man darüber als eine Art Denkmal kollektiver Dummheit schreiben.“

und fügen hinzu: Das Eurosystem hat versagt, da vor allem die deutsche Politik und die Mehrzahl der deutschen Politiker versagt haben. Der „Rettungsversuch“ mittels **ESM** führt nun direkt in den politischen und wirtschaftlichen Abgrund Deutschlands.<sup>87</sup>

Sehr geehrter Herr Präsident Dr. Weidmann, wir vertrauen darauf, dass Sie gemeinsam mit Ihren Vorstandskollegen den richtigen Weg aus dieser schwierigen Situation finden werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

  
.....  
Rolf von Hoherhau  
(Präsident)

<sup>84</sup> Garber, a.a.O., Ziffern 4.09-4.11, Seiten 215 ff.

<sup>85</sup> Mit gleichem Ergebnis wird zu rechnen sein, sobald Griechenland austritt, was u.E. immer wahrscheinlicher wird. Die *Europäische Zentralregierung* wird doch nicht im Ernst glauben, Griechenland und Portugal, zwei unabhängige Völker, werden sich einer finanziellen Fremdherrschaft unterwerfen.

<sup>86</sup> N. Machiavelli, „... wie es beinahe immer geschieht, dass die Leute, je mehr Macht sie haben, umso mehr sie missbrauchen und übermütig werden.“ Geschichte von Florenz, Seite 127, *Manesse Verlag (1986)*.

<sup>87</sup> Siehe beispielsweise ESM Art. 5 Ziff. 1, Satz 3 (die zukünftigen Gouverneure); Art. 8 i.V.m. Art. 10 Ziff. 1, Satz 2, Art. 9 i.V.m. Art. 25 Ziff. 2 (absolut unbeschränkte Zahlungsverpflichtung Deutschlands - ohne Parlamentsbeteiligung); Art. 21 Ziff. 1 (Befugnis zu Eurobonds); Art. 32; Art. 35 (gesetzlicher Kontrollentzug sowie Totalentlastung und Immunisierung des Gouverneursrates, des Direktoriums und sonstiger Bediensteter des ESM für alle Handlungen und Operationen im Milliarden- und Billionen-Euro-Bereich, bei gleichzeitiger Gewährung von Sondervorteilen unfassbarer Art und Höhe, Art. 5 Ziff. 7. (n) i.V.m. Art. 36 Ziffn. 1., 2., 5. (Selbstfestsetzung von Gehältern und Steuerbefreiung) usw. usw.

Peter Garber: „Der TARGET-Mechanismus: Wird er eine Krise in Stufe III verbreiten oder ersticken?“